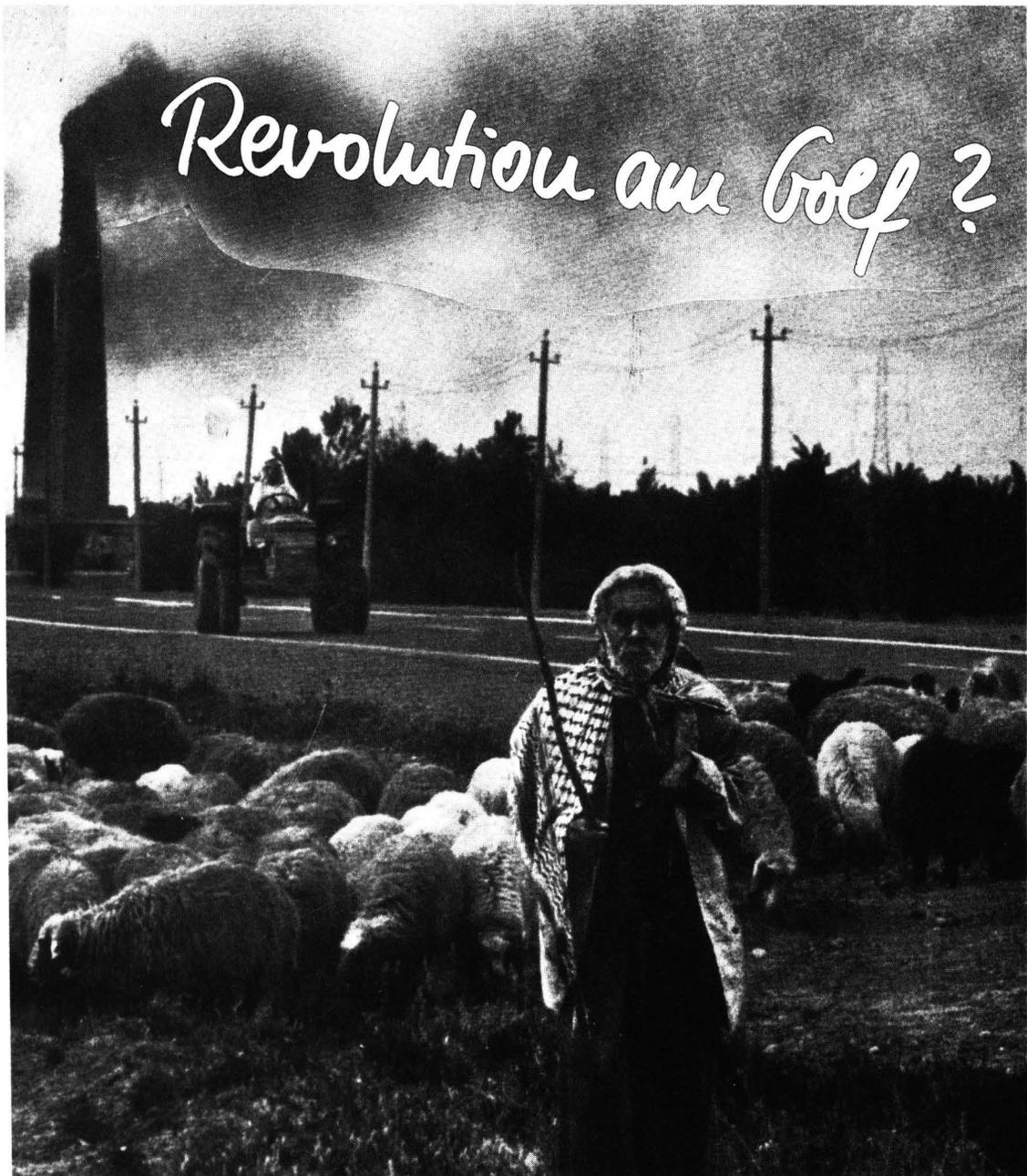


AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft

NEUE FOLGE

Nr.6



KRIEG IRAN-IRAK

Fatima statt Farah



Omol Bani Erfahrungen einer Frau in der iranischen Revolution

Nachwort von Karl Heinz Roth

iva

AUTONOMIE

NEUE FOLGE

Nr.1: Der Iran

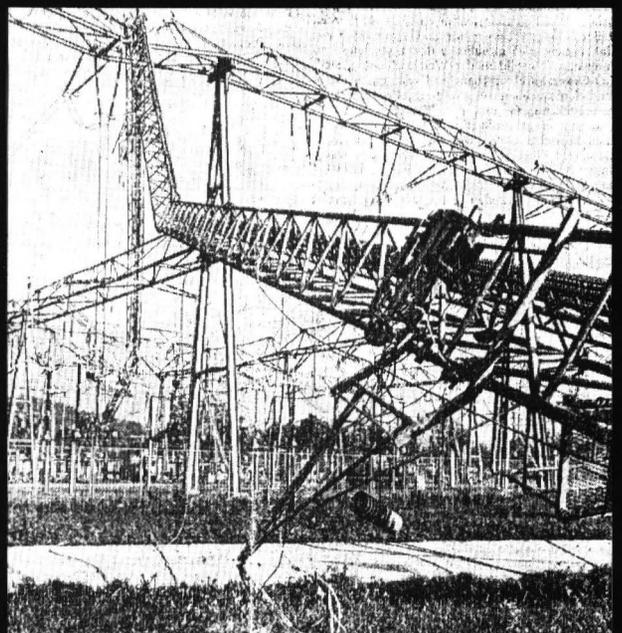
Nr.2: Die neuen Gefängnisse

Nr.3: Die zweite Zerstörung Deutschlands

Nr.4/5: AKW-Widerstand Atomstaat

Sonderhefte: Nr. 1: Sicherungsverwahrung

Nr.2: Medizin und Nationalsozialismus



AUTONOMIE

Editorial	S. 2
Der gescheiterte Blitzkrieg	S. 4
Die innere Situation im Iran	S. 8
Die Entwicklung im Irak	S. 12
Der Golf zwischen Containment und Balkanisierung	S. 18
Eine Revolution weit weg?	S. 22
Hintergründe des Saadati-Prozesses	S. 25
Ein Prozeß der Unmenschlichkeit	S. 29

6/80

Impressum

Herausgeber: Redaktionskollektiv AUTONOMIE/
IVA-Verlag Bernd Polke GmbH
Verantwortlich: A. Meyer
Verlegt bei: Verein AUTONOMIE
Anschrift des Verlags und der Redaktion:
Thadenstr. 130 a
D 2000 Hamburg 50
040/430 007 0
Konto PschA Hamburg
H.G. Bürker / Sonderkonto AUTONOMIE
421 258 - 201
Druck: Druckerei in St. Pauli
Simon von Utrecht - Str. 85 a
2000 Hamburg 4
040/310 154

Vertrieb an Buchhandlungen in
Westdeutschland:
PROLIT-Buchvertrieb
Postfach 66/DaubringerStr. 32
6304 Lollar
Tel: 06406/5127

Abo-Bestellungen an die Redak-
tion. Das Abo kostet 28.-DM.
Der Versand erfolgt nach Zahlungs-
eingang auf diesem Konto.

DM 3.-

Zu diesem Heft

Ein einhalb Jahre nach den Aufstandstagen im Februar 1979 im Iran herrscht Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. Kann uns die revolutionäre Entwicklung in der Golfregion gleichgültig sein, oder haben die Auseinandersetzungen dort nicht auch ihre Bedeutung und ihre Auswirkungen für unsere Situation in der BRD, womit wir unsere Rolle als Zuschauer des Geschehens aufgeben müßten?

Viele sehen die Entwicklung im Iran noch immer aus der westlichen Metropolenbrille, wobei sich die Skepsis gegenüber der Islamischen Republik mit der Enttäuschung von der iranischen Revolution bis hin zur grundsätzlichen Ablehnung des Islam oder des sozialrevolutionären Schiismus oft vermischen. Eine Revolution ist jedoch nicht als einmaligen Aufstandsakt zu begreifen, sondern vielmehr als ein länger dauernder Prozeß. Die Islamische Republik Iran befindet sich noch immer in einer Phase der Instabilität, als Ausdruck eines Kampfes um Selbstbestimmung und Macht, die von den Kurden, den landlosen Bauern, den Slumbewohnern bis hin zu den Auseinandersetzungen der verschiedenen Fraktionen in der Regierung und im Staatsapparat reicht. Erste Ansätze beispielsweise einer Landreform sind nicht weiter gekommen, vielmehr wurden Landbesetzungen unterdrückt. Trotz aller Versuche funktionieren die staatlichen Institutionen und Apparate nicht so reibungslos, wie manche es gerne hätten, denn die Machthaber sind immer wieder von neuem gezwungen, die Massen zu mobilisieren. Wir wissen von der brutalen und blutigen Unterdrückung der Selbstbestimmung des kurdischen Volkes z.B., der Einschränkung der freien Meinungsäußerung bis hin zum repressiven Vorgehen gegen sozialrevolutionäre Gruppen. Während diese Zeilen geschrieben werden, findet zur gleichen Zeit im Iran ein Schnellprozeß gegen Saadatie, einen Bruder der Organisation Volksmodja-

hedin, statt. Trotzdem darf das iranische Volk in seinem langen Widerstandskampf und in seiner revolutionären Entwicklung nicht abgeschrieben werden, sondern verdient nach wie vor unsere Solidarität, auch wenn wir die Politik der zur Zeit dominierenden Machtfraktion ablehnen.

Wir sehen genau, wie die iranische Revolution wichtige Impulse für die gesamte Golfregion abgibt, die die Opposition gegen despotische Regimes in anderen Ländern stärkt und den Mittleren Osten zu einem explosiven Unruheherd entwickelt hat. Die gesamte Region ist von höchster Bedeutung für die imperialistische Politik der Großmächte: ob als militärisch-strategischer Knotenpunkt, als Arbeitskräfte-Drehscheibe, als Wirtschaftsmarkt oder wegen des Öls. Die Sicherung ihrer imperialistischen Politik und die Eindämmung antimodernistischer revolutionärer Tendenzen in den Völkern dieser Region ist ein gemeinsames Interesse der Westmächte, die auf einen Stellvertreterkrieg Irak-Iran hingearbeitet haben. 150 deutsch-französisch produzierte Alpha-Jet-Flugzeuge werden an den Irak geliefert, und wie wir erfahren haben sind vor kurzem 10 Hubschrauber von Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) in den Irak gebracht worden, während Israel andererseits Mörser- und Artillerie-Munition über Holland an den Iran verkauft. Diese Punkte zusammen genommen haben uns aktuell veranlaßt, genau hinzuschauen, was sich zur Zeit in der Golfregion tut, und wollen mit den hier veröffentlichten Beiträgen relativ schnell die vorläufigen Ergebnisse und Fragestellungen unserer Untersuchungsarbeit bekanntmachen.

In "DER GESCHEITERTE BLITZKRIEG" wird einerseits auf das Kalkül der Irakis zu diesem Krieg und die Ursachen des Scheiterns des Blitzkrieges, und andererseits der Schwenk der USA von ihrer vermeintlichen Neutralität hin zur Position der Erhaltung der territorialen Integrität des Iran eingegangen und die momentane Stagnation des Krieges erklärt.

Der Artikel über "DIE INNERE SITUATION IM IRAN" macht deutlich, wie sich seit dem Volksaufstand kein stabiles Regime, sondern verschiedene Machtfaktionen herausgebildet haben und die progressiven und sozialrevolutionären Gruppen durch-

gängig unterdrückt werden. Während und durch den Krieg werden letztere erst recht der Repression ausgesetzt, der Krieg wird als Mittel benutzt, von den innenpolitischen Problemen und Konflikten abzulenken und die konservative Machtfraktion zu stärken und statt einer allgemeinen Volksbewaffnung wird nur eine kontrollierte organisiert.

Zur Verdeutlichung der vorrevolutionären Situation am Golf haben wir exemplarisch "DIE ENTWICKLUNG IM IRAK" untersucht. Im ersten Teil wird die Bedeutung des revolutionären Schiismus mit seinen anti-imperialistischen Inhalten, seiner Feindschaft gegen den westlichen "Fortschritt" und der traditionellen Lebensinhalte zerstörenden Modernisierung, hervorgehoben, und daran anschließend wird über das Aufzeigen der Vorgeschichte des heutigen Regimes im Irak, dessen Programm umfangreicher Sozialinvestitionen in Form von Steigerung der Masseneinkommen, Agrarreform, Stadtsanierung und Industrialisierungspolitik à la Schah, deutlich gemacht, daß die zunehmenden oppositionellen Unruhen und die sie begleitenden Repressionen nur erste Vorzeichen sind, daß der Irak trotz moderner Sozialpolitik am Vorabend einer chiliastischen Revolution im eigenen Lande steht.

In dem Beitrag "DER GOLF ZWISCHEN CONTAINMENT UND BALKANISIERUNG" werden die internationalen Rahmenbedingungen der Auseinandersetzung in der Golfregion dargestellt. Der Versuch des Imperialismus, durch Neubelebung des Ost-West-Konflikts auf der Südhalbkugel Bedingungen für ein freies Spiel ihrer Politik zu schaffen, gelingt nicht. Nach wie vor herrscht auch dort das Patt der Großmächte, mit dem Resultat einer Neuauflage der Balkanisierungspolitik, wie es sie vor Beginn des Ersten Weltkrieges schon einmal vergleichbar gegeben hat. In "EINE REVOLUTION WEIT WEG?" fassen wir einige Überlegungen der Redaktion zu den Rückwirkungen der Lage am Golf auf unsere Situation hier in der BRD zusammen.

Daran anschließend veröffentlichen wir in "HINTERGRÜNDE DES SAADATIE-PROZESSES" Gegeninformationen über die Verbindung des CIA mit dem Komitee der Botschaftsbesetzer und über Angriffe gegen sozialrevolutionäre Gruppen.

"EIN PROZESS DER UNMENSCHLICHKEIT" ist ein Beitrag zu dem am 25. November beginnenden Prozeß gegen Herrmann Feiling, Sybille Straub und Silvia Herzinger, der schon in der Vorphase mehr als skandalös ist.

Der gescheiterte Blitzkrieg

Ein Angriffskrieg gegen den Iran, geführt bzw. unterstützt durch die USA, Westeuropa und diverse Golfstaaten, war bereits seit dem Sturz des Schahregimes Bestandteil der amerikanischen Strategien zur Wiederherstellung ihrer Machtpositionen im Nahen Osten, wobei die militärische Aggression möglichst kombiniert werden sollte mit einem Putsch in der iranischen Armee oder zumindest mit Aufständen ethnischer Minderheiten. Einerseits hofften die USA durch die Forcierung inneriranischer Unruhen ihr Ziel zu erreichen, so z.B. beim Aufstand in Khusistan im Sommer 1979, den Unruhen in Täbris unter Führung Schariat Madaris im November letzten Jahres oder durch den Krieg der iranischen Armee gegen die Kurdenrebellion; andererseits entwarfen amerikanische Strategen verschiedene Pläne für eine Intervention von außen. Im November 1979 legte Brzezinski ein Memorandum vor, in dem ein detaillierter Plan zum Sturz der islamischen Republik dargelegt wurde: Mindestens zwölf Staaten sich bereit erklärt, eine amerikanische Militärintervention im Iran zu erleichtern (z.B. durch Zwischenlandeurlaubnis): Portugal, Marokko, Tunesien, Ägypten, Israel, Bahrain, Oman, Saudi-Arabien, die Türkei, Irak, Kenia und Pakistan. Im Iran rekrutierte amerikanische Agenten sollten durch koordinierte Sabotageakte, Brand- und Bombenanschläge die Aufmerksamkeit des einheimischen Militärs von der gleichzeitig stattfindenden Landung der amerikanischen Putschtruppen im Iran ablenken; so daß diese relativ ungestört das Außenministerium und die amerikanische Botschaft stürmen könnten. Der Irak hatte bereits seine Zustimmung zur Ausweitung des Grenzkonflikts mit dem Iran gegeben, 200.000 irakische Soldaten sollten in das Nachbarland einmarschieren, die Vorbereitungen dazu organisierte der Ex-Schah-General Oveissi (u.a. verantwortlich für das größte Massaker am iranischen Volk während der Revolution) vom Irak aus. Desgleichen waren militärische Aktionen von Pakistan aus gegen den Iran geplant. Mordkommandos sollten

Khomeiny und andere religiöse Oberhäupter umbringen, die die USA insbesondere für die Nicht-Freilassung der Geiseln verantwortlich machten; ebenso sollten etwa fünfzig Führer progressistischer iranischer Parteien verhaftet und wahrscheinlich ermordet werden. Im Falle von militärischem oder Volkswiderstand gegen die Invasion war die gezielte Bombardierung der Widerstandszentren geplant. Schließlich war noch ein Staatsstreich durch ehemalige Schahoffiziere vorgesehen. (Afrigue Asie v.12.5.80) Nachdem der als Geiselbefreiung getarnte Putschversuch, bei dem sich amerikanische Bomber bereits im Anflug auf Teheran befanden, im April dieses Jahres (eventuell durch ein Ultimatum der UdSSR) gescheitert war, rückte die Möglichkeit eines Stellvertreterkrieges immer näher, da die USA so direktes Eingreifen der eigenen Militärs umgehen konnten. Aber auch im August 1980 bestanden durchaus noch mehrere Pläne für eine US-Invasion im Iran (Vgl. Anderson-Bericht, FR v.18.8.80) In Paris hatte sich Oveissi mit Bakhtiar und Vertretern der USA, Israels, des Iraks und Frankreichs zu Putschvorbereitungen getroffen. Der Irak bot sich u.a. auch aus strategischen Gründen für einen Angriff gegen den Iran an, weil im Unterschied zu Saudi-Arabien, das ansonsten Hauptstützpunkt der USA in der Region ist, keine Einbeziehung der Marine nötig wäre und weil ohnehin seit Monaten an der iranisch-irakischen Grenze ein verdeckter Krieg geführt wurde. Außerdem haben die USA durchaus auch ein Interesse daran, daß durch den Krieg der Irak militärisch und wirtschaftlich geschwächt wird, da er zu den arabischen Ländern gehört, die die Israel-freundliche Politik Sadats ablehnen.

Der Irak hat an der Aggression gegen den Iran ein starkes Eigeninteresse. Die Gebietsansprüche sind dabei absolut sekundär, im Grunde geht es um die Verteidigung

Tage vor den Bombenangriffen auf Teheran die Rekonstruktion des defekten Computersystems zur Flugabwehr gelungen). Die dritte Fehleinschätzung bestand in der Überzeugung, daß das iranische Regime "abgewirtschaftet" habe und auch von innen her unter starkem Druck stehe, einem Angriff von außen also auch von Seiten der iranischen Bevölkerung kein allzu großer Widerstand mehr entgegengesetzt werden würde. (Wenn's allein danach gegangen wäre, hätte es für einen Angriffskrieg allerdings auch schon früher einen günstigeren Zeitpunkt geben können, da die innenpolitische Situation im Iran seit der Revolution diverse Male weit kritischer war als ausgerechnet vor der irakischen Invasion. Offensichtlich haben für die Wahl des Zeitpunkts andere Kriterien, z.B. die amerikanischen Wahlen, den Ausschlag gegeben.)

Die Ursachen für das Scheitern des Blitzkrieges sind damit z.T. bereits angedeutet worden. Zum einen hatte laut Bani-Sadr (in Le Monde) die iranische Regierung schon seit August detaillierte Informationen über den geplanten irakischen Angriff, so daß der erste große Schlag (Bombenangriffe gegen alle Militärflughäfen im Westen Irans), der die iranische Luftwaffe zerstören sollte, daneben ging, weil die Militärflugzeuge bereits in Sicherheit gebracht worden waren. Die Bombardierung Bagdads und der irakischen Wirtschaftszentren kam insofern ziemlich überraschend für die Irakis. Außerdem blieb, wie gesagt, der erwartete Aufstand der Araber in Khusistan aus und haben sich zudem noch die Kurden überwiegend auf Seiten des Irans geschlagen. Vor allem aber hatten die Irakis nicht mit einer breiten Bereitschaft der iranischen Bevölkerung zur Verteidigung der islamischen Republik und einem raschen Aufbau der Volksmilizen gerechnet; diese haben in erster Linie die schnelle Eroberung der Städte in Khusistan verhindert.

Gleichzeitig deutete sich in der unerwartet starken Mobilisierung der Bevölkerung für die Verteidigung des Irans - und vermeintlich auch der Revolution (jedenfalls argumentieren so die iranischen Machtfaktionen, die den Krieg befürworten) - auch die Möglichkeit einer Ausweitung der Revolution auf die Nachbarstaaten bzw. der Neubelebung der revolutionären Tendenzen im Landesinnern an.

Nach dem Scheitern des Blitzkrieges haben zunächst (ca. bis Mitte Oktober) sowohl die USA als auch mindestens Jordanien und Saudi-Arabien, die Möglichkeit eines direkten militärischen Eingreifens zugunsten

des Iraks in Erwägung gezogen. Die verstärkte 7. US-Flotte im Golfgebiet hatte die Aufgabe, den Iran an einer Ausweitung des Krieges auf die Straße von Hormuz zu hindern. Afrique-Asie berichtet, daß - entgegen allen Dementis - an dieser Flotte auch Kriegsschiffe der BRD beteiligt sind (Afrigue-Asie v.27.10.80). Am 25.9.80, als der Blitzkrieg also schon keiner mehr war, stationierte die irakische Armee Bomber in Saudi-Arabien und Oman und Kampfhubschrauber in den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Angriff gegen die iranischen Inseln in der Straße von Hormuz. Auf die Drohung Teherans, die Ölanlagen dieser Länder zu bombardieren und damit den Krieg auf die Nachbarstaaten auszuweiten, setzten die USA Saudi-Arabien unter Druck, die irakischen Bomber zurückzuschicken (Vgl. Stern Nr.46 v. 6.11.80) und machten damit ihr Interesse deutlich, die Ausweitung des Krieges unbedingt zu verhindern. Erst nach diesem Zwischenfall wurden die amerikanischen AWACS-Flugzeuge in Saudi-Arabien stationiert. Je größer die Wahrscheinlichkeit wurde, daß der Iran den Krieg gewinnen und dann eventuell die islamische Revolution auch noch in die umliegenden Länder exportieren würde, desto zurückhaltender wurden die Reaktionen der nicht unmittelbar beteiligten Staaten.

Die langandauernde Stagnation im Krieg, nach dem Scheitern der Blitzstrategie, war nicht nur Ausdruck einer militärischen Pattsituation, sondern beide Seiten fürchten sowohl eine Niederlage wie einen Sieg. Für den Irak könnte ein negativer Kriegsausgang den Sturz des Regimes Saddams bedeuten und eventuell außerdem einen Schiitenaufstand und eine islamische Revolution. Khusistan erobern (und damit den Krieg siegreich beenden) kann der Irak aber nur, wenn er dort ein totales Blutbad anrichten und damit das Risiko eines Volksaufstandes im Iran eingehen würde, dem sich möglicherweise die irakischen Schiiten gleich noch anschließen würden. Dann wäre genau die Situation hergestellt, die zu verhindern der Irak den Krieg angefangen hat.

Für das iranische Regime ist das Dilemma nicht kleiner. Eine Niederlage (Eroberung Khusistans durch den Irak) würde die Regierung innenpolitisch wahrscheinlich nicht überstehen, zumal seitdem die IRP durch ihre Beteiligung an der Armeeführung auch nach außen hin mit in die Verantwortung gezogen ist. Die Ausweitung des Krieges bis zum Sturz Husseins (d.h. auch die Ablenkung von den inneriranischen Schwierigkeiten durch einen Export der Revolu-

tion) läßt sich wohl kaum durchführen; Banisadr ist inzwischen auch schon wieder davon abgerückt. Ein Sieg der Iranier gegen die irakischen Truppen wäre aber nur bei einer Ausweitung der bisher noch sehr begrenzt und kontrolliert durchgeführten Volksbewaffnung möglich; dies würde unweigerlich eine Stärkung der revolutionären Gruppen im Iran bedeuten, die zu unterdrücken sich das Regime gerade in letzter Zeit besondere Mühe gibt. Außerdem liegt in der Volksbewaffnung zumindest längerfristig die "Gefahr", daß die Gewehre auf die Machthaber im eigenen Land gerichtet werden, wenn es nicht gelingt, die innenpolitischen Schwierigkeiten nach einer Beendigung des Krieges schnell in den Griff zu bekommen (und das ist in den letzten zwei Jahren auch nicht gelungen).

Für beide Seiten bleibt also (so wie's im Moment aussieht) nur die Möglichkeit, durch eine allmähliche Deeskalation des Krieges zum Ausgangspunkt zurückzukehren, möglichst ohne sich allzu große Blößen zu geben. Möglicherweise kalkulieren Teile der iranischen Armee bei einem langandauernden Krieg, der in erster Linie von den Volksmilizen geführt wird, auch noch damit, auf diese Weise die bewaffneten Avantgar - den im Land an's Messer der irakischen Armee zu liefern und sich selbst im Hintergrund zu halten, um zu gegebenem Zeitpunkt zu putschen. Warum sonst werden die iranischen Panzer nicht zur Unterstützung der Kämpfe der Milizen eingesetzt? Ursprünglich wurde als Grund dafür der Benzinmangel der Armee angegeben; mittlerweile werden aber sogar schon wieder Benzinrationen an die Zivilbevölkerung verteilt -daran kann's also nicht liegen! Banisadr ist dagegen für einen starken Einsatz der Armee im Krieg, da die Volksmilizen bislang die Machtbasis der IRP sind und ein von ihnen erkämpfter Sieg die IRP stärken würde.

Der Schwenk der USA Mitte Oktober von der vermeintlichen Neutralität zur offenen Parteinahme für den Iran ist mehr als nur Carters "Oktoberüberraschung" (Geiselfreiung zur Wahl) gewesen, sondern hängt ebenfalls zentral mit der Angst vorm Volksaufstand im Iran, und d.h. möglicherweise auch in den umliegenden Ländern, zusammen,

nachdem der erbitterte Widerstand der iranischen Bevölkerung gegen den irakischen Angriff überhaupt die amerikanischen Hoffnungen auf einen Machtwechsel durch Blitzkrieg, Putsch o.ä. erheblich reduziert hat. Israel hatte diesen Schwenk der US-Politik bereits seit längerem vorweggenommen und den Iran mit Waffenlieferungen unterstützt, um den Irak zu schwächen. Laut Afrique-Asie vom 27.10.80 hat der israelische Geheimdienst Mossad vor kurzem sogar Militärberater in den Iran geschickt, die die Angriffe gegen den Irak koordinieren.

Für die USA bestehen jetzt aber einige Aussichten auf eine Allianz mit der reaktionären islamischen Fraktion im Iran. Zumindest zu Teilen dieser Fraktion müssen ja schon in der Anfangsphase der islamischen Republik Kontakte bestanden haben, da gerade die IRP sich einer unzensurierten Veröffentlichung der Dokumente aus der besetzten Botschaft am stärksten entgegenstellt und diese letztlich verhindert hatte. Sowohl die USA wie die reaktionären islamischen Kräfte haben im Moment primär ein Interesse an der Verhinderung eines erneuten revolutionären Durchbruchs im Iran, der eine Folge des Krieges sein könnte. Zudem ist der Iran zum Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Erdölraffinerien auf die Lieferung von Ersatzteilen aus dem Westen angewiesen; die USA können sich solche Lieferungen mit entsprechenden politischen Zugeständnissen bezahlen lassen. Das Tauschgeschäft Geiseln gegen Ersatzteile deutet ja bereits stark in diese Richtung.

Zumindest aber fühlte sich das iranische Regime jetzt stark genug, um in der Geiselfrage überhaupt zu verhandeln. Schließlich waren die Geiseln bislang auch ein Symbol des antiimperialistischen Kampfes, ihr Austausch gegen Ersatzteile und Waffen ist in dieser Beziehung nicht gerade besonders konsequent.

Allerdings wäre auch durchaus eine Allianz zwischen der im Verhältnis zur IRP reformfreudigeren Fraktion Banisadr's und westeuropäischen Staaten denkbar, wenn dadurch die Aussicht bestünde, die Massenarmut im Iran auf eine für den Imperialismus profitable Weise zu beseitigen.

Wie dem auch sei - wenn es den USA, oder arbeitsteilig Westeuropa, nicht gelingt, sich mit einer der Machtfractionen im Iran zu arrangieren und dieser zur Durchsetzung zu verhelfen, um daüber die politische Lage im Iran und im ganzen Nahen Osten zu stabilisieren und die Ausbreitung der islamischen Revolution zu verhindern, sind in der nächsten Zeit weitere Putschversuche

und Angriffskriege zu erwarten. Gelänge es den USA aber, einen neuen Statthalter der Macht im Iran zu finden, was momentan sehr plausibel erscheint, so würde das die Preisgabe der antiimperialistischen Zielsetzungen der Revolution bedeuten und entweder die totale Repression aller antiimperialistischen Kräfte, oder einen erneuten Volksaufstand nach sich ziehen.



Die innere Situation im Iran

Die Entwicklung des Iran ist seit der Revolution im Februar 79 nicht bruchlos verlaufen. Verschiedene Entwicklungsphasen lassen sich deutlich von einander unterscheiden.

Die erste Phase umfaßt das erste Halbjahr 79. Der liberale Bazargan stand an der Spitze des Machtapparats, gestützt von

reaktionären Mullahs und der Bourgeoisie. Gleichzeitig entstanden die Komitees, die zunächst für Ruhe und Ordnung sorgten, indem sie bei Diebstählen, Schwarzhandel usw. eingriffen. Fortschrittliche Mullahs und Mitglieder der Islamisch - Republikanischen Partei (IRP) bildeten diese Komitees, und ausgeschlossen blieben Industrie - und Wanderarbeiter, Bauern und Bewohner der Slumviertel und Mitglieder revolutionärer

Gruppen von Mojahedin und Fedayin. Die Gruppe der Revolutionswächter wurde parallel zur Armee gestellt. Ihre Mitglieder waren zum größten Teil Jugendliche, die aus der Massenarmut kamen.

Die Regierungsspitze beschäftigte sich zunächst damit, den Staatsapparat aus der Schah-Zeit zu erneuern und zu übernehmen. Die Bedürfnisse und Hoffnungen der Bevölkerung wurden in diesem ersten Halbjahr so gut wie gar nicht berücksichtigt. An ihrem Elend änderte sich nichts. Sie griffen schließlich zur Selbsthilfe. Hungerrevolten, wilde Landbesetzungen, Hausbesetzungen und Streiks waren an der Tagesordnung. Und damit wäre die erste Phase auch schon beendet.

Die zweite Phase wurde im Juli/August 79 mit einer breit angelegten Repressionswelle eingeleitet, um den rebellierenden Massen einhalt zu gebieten. Die sozialrevolutionären Gruppen stellten sich hinter diese Massenbewegung. Die Komitees gingen gegen Streiks, Hausbesetzungen und wilde Landbesetzungen vor. Sie stellten sich auf Seiten der Grundeigentümer, wenn Slumbewohner ihre Hütten ausgebaut hatten, und sie stellten sich hinter die Feudalherren bei Landbesetzungen. Zeitungen wurden verboten, Mitglieder revolutionärer Gruppen verhaftet und ihre Büros geschlossen. Um diese Bewegung noch weiter in den Griff zu bekommen und um abzulenken, rief Khomeini zum Kampf gegen ethnische Minderheiten auf (Kurden, Turkmenen, Araber, Belutschen). In Khusistan z.B. wurden die Autonomiebestrebungen der dort lebenden arabischen Bevölkerung blutig niedergeknüppelt. Allein in Khorramshar sind im Sommer 79 bei Demonstrationen 100 Demonstranten von islamischen Milizen erschossen worden. - In Kurdistan kam es zu einem Massaker, indem jedoch die Komitees und Revolutionsgarden unterlagen.

Wäre diese Repressionswelle so weiter gegangen, hätte das eine engere Verschmelzung der Komitees und Revolutionsgarden mit der Armee nach sich gezogen. und die Doppelherrschaft, auf der einen Seite die liberale Regierung Bazargan mit den reaktionären Mullahs und der Bourgeoisie und auf der anderen Seite die Komitees und Revolutionsgarden, ein Ende gehabt. Und aus dieser Verschmelzung wäre vielleicht eine Herrschaft der Armee zusammen mit der mehr wieder ins Blickfeld tretenden Feudalaristokratie entstanden.

Khomeini distanzierte sich in diesem Moment von der Repressionswelle. Teile der Armee und der Luftwaffe planten in dieser Zeit

schon einen Putsch. Sie fürchteten mehr und mehr Khomeini's neuen Kurs, der sich nun mit der links-schiitischen Basisbewegung arrangierte. In Täbris kam es unter Leitung des Ayatollah Schariat Madari mit Unterstützung anderer pro-imperialistischer Geistlicher zu einem Aufstand. Khomeini ließ diesen Putschversuch niederschlagen. Anschließend wurden zum ersten Mal Versuche unternommen, die Massenarmut, die Arbeitslosigkeit und das Wohnungselend anzugehen. Bani Sadr gewann mit seinem an den Massen orientierten Wirtschaftsprogramm an Einfluß.

Am 4.11.79 fand dann die Botschaftsbesetzung mit der Geiselnahme statt. Bazargan traf sich zu dieser Zeit gerade mit Brzezinski in Algier und war damit beschäftigt, sich mit den Amerikanern zu arrangieren. Die Botschaftsbesetzung kam Khomeini nicht ungelegen, weil er erkannt hatte, daß ein Staatsapparat, der sich auf die IRP stützte und die Strukturen des Schah-Regimes noch inne hatte, nicht mit einem religiös in den Massen verankerten Konzept zusammenpaßte.

Die nun folgende Phase wurde vor allem durch das Sozial- und Wirtschaftsprogramm von Bani Sadr bestimmt. Er wurde zum Präsidenten gewählt. Sein Programm stützte sich vor allem auf die Agrarverteilung. Die Landflucht sollte umgekehrt werden zu einer Rückwanderung aus den Städten aufs Land.

Weiter sollte ein geschlossener Produktionskreislauf entstehen, um die Abhängigkeit von importierten Halbfertigwaren zu vermindern. Die Fabriken sollten verringert werden und traditionelle Produktionszweige mit Stützung der Familienunion als Produktionseinheit entstehen. Verstaatlichung der Banken und wichtiger Industriezweige und ernsthafte Schritte zur Landreform wurden in Angriff genommen. Bani Sadr's Wahl zum Präsidenten wurde durch Verzicht des Wahlkandidaten der Mojahedin enorm begünstigt. So konnte er sich auf eine breite Volksmehrheit, die nicht organisiert ist, stützen. Aber genau auch aus diesen Gründen war die Linie von Bani Sadr von den Machtstrukturen der IRP in Bedrängnis zu bringen.

Je mehr diese 3. Linie im Staatsapparat des Iran an Boden gewann, desto mehr arbeitete die IRP dagegen an. Sie übernahm die Regie der Geiselauffäre, um sie als Kampf gegen den Imperialismus zu benutzen und damit wieder neu Fuß fassen zu können. Sie betrieb

eine Politik gegen den Versuch, den Staatsapparat mit Reformen, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientierten, neu zu beleben.

Anfang Februar '80 folgte dann eine erneute von den Revolutionswächtern provozierte Repressionswelle gegen die Autonomiebestrebungen ethnischer Minderheiten. Es kam zu blutigen Gefechten der Komitees und Revolutionswächter gegen die turkmenische Bevölkerung, die zuvor zusammen mit den Fedayin Landenteignungen durchgeführt und ein Netz von Dorfräten aufgebaut hatten. Vier Mitglieder der Fedayin wurden verhaftet und hinterhältig ermordet.

Anschläge auf die Mojahedin während des Wahlkampfes zu den Parlamentswahlen waren an der Tagesordnung. Verschiedenen Berichten zufolge sind die Wahlen am 14.3.80 zugunsten der IRP gefälscht worden.

Khomeini stimmte schließlich dieser neuen Repressionswelle zu. Universitäten und Oberschulen wurden geschlossen.

Um den immer weiter um sich greifenden Protest der Bevölkerung gegen ihre Massenarmut in den Griff zu bekommen und die Wut in eine Richtung zu lenken, wurde die Botschaftsbesetzung immer mehr in das Licht des anti-imperialistischen Kampfs gestellt. Wer von dieser Linie abwich, wurde als Agent des Imperialismus beschuldigt. Gleichzeitig wurde auf diese Art und Weise das populistische Wirtschaftskonzept von Bani Sadr erheblich behindert; mit dem letztendlichen Ziel, die Linien, die nicht in das Konzept der IRP paßten, auszuschalten. Gegen die Mojahedin wurde weiter mit Prozessen und Verfolgungen vorgegangen.

Die wirtschaftliche Situation im Iran vor Kriegsausbruch war gekennzeichnet durch eine drastische Verteuerung der Importe durch den amerikanisch-europäischen Wirtschaftsboykott. Die Erdöleinnahmen waren um 11,4 Milliarden Dollar niedriger im Vergleich zum Vorjahreshaushalt. Und da der Erdölanteil mit 125 Milliarden Dollar 79 über 75% des Gesamthaushalts ausmachten, lagen die finanziellen Schwierigkeiten auf der Hand. Die Kapazitätsauslastung der Industrie lag zwischen 15% und 25%. Es gab 3 Millionen Arbeitslose im Iran und bei einer Inflationsrate von 60% reichte der Lohn vieler Leute kaum aus, um eine Familie zu ernähren.

In Teheran selbst leben 6 Millionen Menschen - 1 Millionen Familien von denen 30000 keine Wohnung haben. Im Süden der Stadt wurden 1 Millionen Bäume gepflanzt,

um damit zu verhindern, daß auf den freien Flächen noch weiter wild Elendsquartiere gebaut werden.

Im ganzen stellt diese Situation wohl ein ziemliches Pulverfaß dar, und es scheint auch zu erklären, warum die Bevölkerung nun während des Krieges nur Waffen bekommt, um gegen die angreifenden Irakis zu kämpfen wenn sie ein Empfehlungsschreiben einer Stadtteilmoschee vorweisen kann; aber andererseits frühzeitig pensionierte Offiziere des Schah-Regimes und inhaftierte ehemalige Angehörige des Schah-Militärs aus den Gefängnissen entlassen und aufgefordert werden, sich zum Fronteinsatz zu melden, wo dann tatsächlich die wenigsten von ihnen anzutreffen sind. Und es erscheint wirklich unglaublich, das währenddessen in der umkämpften Stadt Abadan 300 Mitglieder der Mojahedin in Gefängnissen sitzen.

Der IRP ist dieser Krieg wohl nicht ganz ungelegen gekommen, indem sie die Rolle, die zuvor die Botschaftsbesetzung inne hatte, auf ihn übertragen hat. Und sie versucht durch diesen Krieg neue Machtverhältnisse im Inneren des Iran zu schaffen.

Schon vor dem irakischen Angriff wurde die Stellung von Fani Sadr durch die Wahl von Radjai zum Ministerpräsidenten erheblich geschwächt. Zunächst vollzog sich die Mobilisierung für diesen Krieg unter Leitung von Bani Sadr. Dann wurde er jedoch jäh gebremst und die Koordinierung aller weiteren Operationen dem Obersten Kriegsrat zugesprochen. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Rajai und Bani Sadr. Bani Sadr wollte die Hauptrolle in diesem Krieg der Armee überlassen, was bedeutet hätte, daß die Machtverhältnisse sich zu Ungunsten der Revolutionsgarden, Milizen und Komitees und damit auch der IRP verändern würden. Offensichtlich stützt sich Bani Sadr nun viel weniger auf die unorganisierte Volksmehrheit, die ihm die Präsidentenwahl sicherte, sondern auf die organisierten Machtstrukturen wie z.B. die Armee. - Rajai dagegen spricht von einem Volkskrieg, dessen Führung er primär den Revolutionswächtern und bewaffneten Milizen anvertraut. Der Krieg gegen Bagdad wurde von Khomeini zum Heiligen Krieg erklärt. Das bedeutet für die Schiiten, jeder, der bei kriegerischen Auseinandersetzungen stirbt, stirbt den Zeugentod, der für die Schiiten ein ewiges Leben nach dem Tod bedeutet.

Durch den Krieg versucht die IRP ihren Staatsapparat zu stabilisieren. Die Revolu-

tionsgarden und die Milizen werden gestärkt. Die kontrollierte Bewaffnung der Milizen durch die Mullahs und die gar nicht oder nur kaum angenommene Hilfe sozialrevolutionärer Gruppen deuten auf die Angst vor einem Volksaufstand aus dem Massenelend heraus hin. Während des Krieges sind die sozialrevolutionären Gruppen schärfer verfolgt und ihre Zeitschriften verboten worden.

In Abadan stehen ein großer Teil der Bevölkerung den angreifenden Irakis völlig unbewaffnet gegenüber. Die meisten Bewohner sind inzwischen aus der Stadt geflohen. So fragt man sich doch, warum keine Armeeeinheiten zur territorialen Verteidigung gegen die Irakis oder zumindest nur wenig Militär in Khusistan eingesetzt

können. Was beabsichtigt Bani Sadr nun? Er stützt und beruft sich auf die Armee, eine Armee, bestehend aus verschiedenen Fraktionen, die aus dem Schah-Regimes hervorgegangen ist. Er kann eigentlich sein Wirtschaftsprogramm nicht mehr durchführen, was bedeuten kann, daß er sich von seiner bisherigen Politik, die sich an den Bedürfnissen der Bevölkerung orientiert hat, entfernt, zugunsten eines Bündnisses mit der Armee und eventuell Fraktionen der IRP. Offenbar sucht Bani Sadr auch ein Bündnis eher mit dem europäischen als mit dem amerikanischen Kapital. Z.B. hat er Kontakte zur Sozialistischen Internationalen (Palme, Brandt) aufgenommen.

Das war der Stand bis Ende Oktober. Mittlerweile werden der Machtkampf zwischen



werden, während sie zur gleichen Zeit gegen rebellierende Kurden vorgehen.

Bani Sadr's Wirtschaftsprogramm konnte sich bisher nicht durchsetzen. Die Landreform ist durch die Revolutionswächter verhindert worden, die sich auf die Seite der Landbesitzer gestellt haben. Das ganze Konzept von Bani Sadr sollte durch die Erdöleinnahmen finanziert werden. Die Frage, die sich nun stellt, durch die Zerstörung der Erdölanlagen fließen zumindest für die nächsten Jahre keine Petrodollar, um damit dieses Wirtschaftsprogramm durchsetzen zu

den gemäßigten Kräften unter Führung von Bani Sadr und den Konservativen der IRP immer deutlicher.

Anfang November ist der ehemalige Außenminister Ghotbzadeh, der zur gemäßigten Linie zählt, für kurze Zeit verhaftet worden, weil er die Informationspolitik der IRP öffentlich angegriffen hat. Mehrere Händler und Arbeiter aus dem Teheraner Basar, die gewöhnlich die Fundamentalisten unterstützen, gingen zur Unterstützung für Ghotbzadeh auf die Straße. Und es gab sogar eine Demonstration in Ghom, dem Herzen der Klerikalen. Diese

Proteste könnten ein Zeichen dafür sein, daß diesmal die Klerikalen zu weit gegangen sind.

Der ehemalige Regierungschef Bazargan hat sich auch mehr und mehr der gemäßigten Linie genähert.

Durch den Krieg kommt es im Iran jetzt zu Engpässen der Versorgung für die Bevölkerung. Als erstes sind Bezugscheine für Zucker ausgegeben worden und demnächst sollen die Benzinpreise für private Autofahrer erhöht werden, und ebenso die Preise für andere Verbrauchsgüter ansteigen, um damit den Verbrauch zu senken. Die Bevölkerung ist aufgerufen worden, ihre ausländischen Devisen an genau gekennzeichneten Banken abzugeben.

Die Gruppe der Fedayin-Mehrheit stellt sich in diesem Krieg auf Seiten des Regimes. Sie kämpfen zusammen mit den Revolutionsgardien, der Armee und den Milizen gegen die Irakis. Währenddessen stellen die Fedayin-Minderheit und die Mojahedin die Forderung nach Ausweitung der Volksbewaffnung. Sie meinen, daß der Krieg nach aussen von den innenpolitischen Problemen, d.h. vom Massenelend ablenkt. Sie sind

gegen den Krieg und stehen nicht hinter dem HeiligenKrieg, den Khomeini ausgerufen hat, solange er sich nicht gegen den imperialistischen Hauptfeind wendet; sie sind aber bereit das Land gegen die Angreifer, gegen den Irak zu verteidigen, ohne jedoch die Probleme im Iran selber aus den Augen zu verlieren. Ihre Hilfe wird jedoch kaum angenommen, und die Repressionswelle gegen sie läuft ununterbrochen weiter.

Kurz zusammengefaßt scheinen die jetzigen Machthaber in der IRP im Iran einen Dreifrontenkrieg zu führen:

1. gegen den Irak,
2. gegen die gemäßigte Linie von Bani Sadr, die wohl immer mehr Fuß faßt, dessen populistisches Wirtschaftskonzept aber fehlgeschlagen ist und die sich auf die Armee beruft und eine Bündnispolitik mit Fraktionen der IRP und dem europäischen Kapital betreibt.
3. gegen einen möglichen Volksaufstand aus dem Massenelend heraus und die sozialrevolutionären Gruppen, die diese Linie unterstützen.

Zur vorrevolutionären Situation am Golf: Die Entwicklung im Irak

Aus der iranischen Revolution kennen wir jene islamische, chiliastisch revolutionäre Ideologie, die im Iran mit dem Gesicht des "Khoumenismus" den Gottesstaat auf Erden errichten will. Wir haben gesehen, wie der mit antiimperialistischen Inhalten neu belebte Schiismus, mit den Inhalten Gleichheit, Gerechtigkeit und auf den eigenen Traditionen beruhende, vom industriellen Westen unabhängige Entwicklung - nicht

auf Kapitalismus, nicht auf ein Leben als Industriearbeiter oder als Arbeiter in Agrokombinaten, sondern auf Selbstverwirklichung und Selbstvervollkommnung gerichtet - eine revolutionäre Triebkraft für die iranischen Unterklassen in den Slumvierteln der Städte und auf dem Land gewesen ist. Seine Wirkung ist vergleichbar mit der der münzerschen Religion in den deutschen Bauernkriegen.

In diesem revolutionären Schiismus werden islamische Legenden und Traditionen aufgegriffen und mit antiimperialistischen Inhalten belebt: so die Tradition des Mohammed-Schwiegersohnes Hussein, der in hoffnungsloser Lage den Kampf gegen die damaligen Oberklassen aufnahm, die die Nachfolgerschaft Mohammeds für sich beanspruchte, und den Märtyrertod starb. Die Prozessionen im Trauermonat für Hussein sind schon oft Ausgangspunkt von politischen Unruhen, vor allem im Irak, gewesen. Vor allem aber tritt diese Tradition in der iranischen Revolution als Zeugentod in Erscheinung; sie verspricht dem, der im Kampf gegen die Unterdrücker und für den wahren Islam stirbt, ein ewiges Leben und hat bewirkt, daß sich die Massen von den Maschienengewehren der Schaharmee nicht aufhalten ließen. Der Spruch Ali Schariatis, eines Theoretikers des revolutionären Schiismus: "Wenn Du töten kannst, töte - wenn Du nicht töten kannst, stirb", stand während der iranischen Revolution tausendfach an den Häuserwänden. Ein anderes Beispiel ist die Fatima-Legende, aus der die Gleichrangigkeit der Frau im Kampf und im Alltag begründet wird.

Die islamischen Massen, die bis vor wenigen Jahren in einer Welt gelebt haben, ähnlich der bei uns vor 200 Jahren, werden durch die aus Petrodollars finanzierten Modernisierung der Staatsapparate, die Industrialisierungspolitik und die Errichtung staatlicher Agrokombinate ihrer traditionellen Lebensinhalte beraubt: der Großfamilie als Produktions- und Lebenseinheit, ihrer moralischen Forderungen an Produktion und Verteilung, ihrer Orientierung auf selbstgenügsame Subsistenz.

Für diese Massen, die nicht lesen können und keinen Bezug zu anderen antiimperialistischen Ideologien haben, ist der erneuerte Schiismus zum Vehikel ihrer Feindschaft gegen die sinnentleerende Modernisierung, gegen den westlichen "Fortschritt", gegen den Imperialismus geworden. Die iranischen Intellektuellen, die diesen Sachverhalt erkannt und zur revolutionären Erneuerung des Islam beigetragen haben, konnten jene "Liebe zum Volk" entwickeln, die vielen marxistischen Befreiungsbewegungen so sehr gefehlt hat. Sie sind fähig geworden, mit den und für die Massen zu handeln, ihr revolutionäres Programm aus der Eigenständigkeit und den Bedürfnissen der islamischen Unterklassen zu entwickeln.

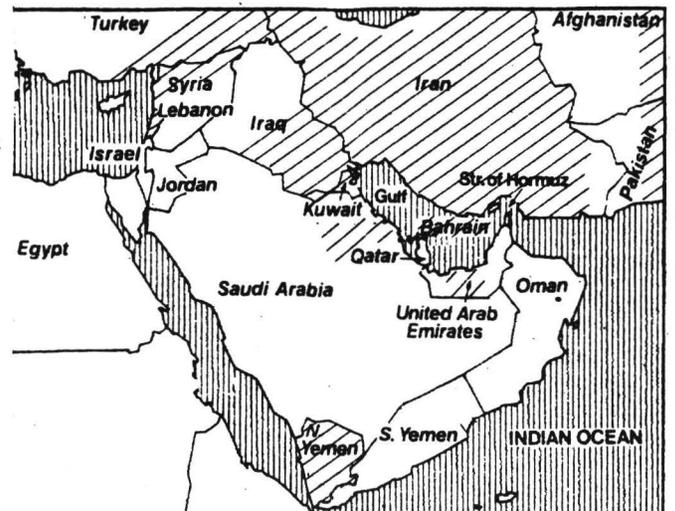
Diese Vorbemerkung erscheint notwendig, weil wir seit unserem Iran-Heft immer wieder in Diskussionen über die, von vielen Genossinnen und Genossen als reaktionär eingeschätz-

te, Rolle der Religion in der iranischen Revolution verwickelt werden. Natürlich hat es seit Mohammed auch immer den Islam der Herrschenden gegeben; natürlich hat der Schiismus der heutigen iranischen Machtzentren nur noch wenig mit einer Revolutionsbewegung zu tun. Es geht uns, wenn wir im folgenden die vorrevolutionäre Situation im Irak und den anderen Golfstaaten untersuchen, allein um den chiliastischen Islam, soweit der die unterdrückten Klassen in diesen Ländern repräsentiert.

Die Unterstützung des Irak im Krieg gegen den Iran durch alle Golfstaaten entspringt der Angst der Machthaber in diesen Staaten, daß die iranische Revolution der Zünder für eine Revolution der Unterklassen im eigenen Land werden könnte. Zwei Drittel der Menschen, die rund um den Golf leben, sind Schiiten - überall, außer im Iran, herrschen sunitische Oberschichten - vom modernen Baath-Regime bis zu den Feudalaristokratien der arabischen Halbinsel. Sie herrschen in Ländern, in denen die überausgebeuteten Emigrationsarbeiter aus Pakistan, Afghanistan, Indien oder Indonesien die einheimischen Bewohner oft zahlenmäßig übertreffen, in denen die Beduinen - soweit sie nicht in die Armee integriert sind - ihre nomadische Lebensweise nur widerstrebend aufgeben, in denen die Abwanderung aus agrarischen

Gebieten oder Wüstenoasen eine städtische Unterklasse geschaffen hat, die an ihrer traditionellen Moral und Lebensweise auch dann festhält, wenn sie sich in einer Mietskaserne mit Zweizimmerwohnung oder einer Lehmhütte der Vorstädte wiederfindet.

In allen Golfstaaten gibt es schiitische Bewegungen, die seit der iranischen Revolution neu aufgelebt sind; bewaffnete Untergrundgruppen entstehen, vom Iran aus unterstützt.



Die schraffierten Gebiete werden von schiitischen Volksmehrheiten bewohnt

Saudi-Arabien, das seit den 50er Jahren eine Reihe von Erdölarbeiterstreiks erlebte, dessen Monarchie in den 60er Jahren von nasseristischen Befreiungsbewegungen und in den 70er Jahren durch Baath-Untergrundgruppen angegriffen wurde, sieht sich nun Aufstandsbewegungen einer neuen Qualität gegenüber: der Schlacht um die Moschee von Mekka, Stammesaufständen im Norden und Westen, einer Schiitenrebellion in Khatif, die mit einem Massaker und 500 Toten beendet wurde.

In Oman verdorren die Oasen, die traditionellen Wirtschaftszweige liegen brach, in den Städten sieht sich das Sultanat einer bedrohlich anwachsenden städtischen Bevölkerung ausgesetzt, und die Unruhen in Dhofar, die 1973 durch eine Intervention der Schah-Armee niedergeschlagen wurden, drohen wieder aufzubrechen.

Mehr als die Hälfte der Einwohner in Bahrain sind Schiiten - fast täglich gibt es Khoumeini-Demonstrationen, die von Armee und Polizei blutig niedergeschlagen und mit Festnahmen und Deportationen beantwortet werden. Ähnlich ist die Situation in Kuweit und den Vereinigten Emiraten.

Nur am Rande sei erwähnt, daß auch in der Türkei schiitische Aufstände mit zu dem jüngsten Militärputsch beigetragen haben; die Militärs gehen in der Tradition des Kemalismus besonders gegen islamische Kräfte und Parteien vor, die eine Integration der Türkei in die westliche Welt gefährden. Nicht für alle Golfstaaten kann hier analysiert werden, wo die Unruhen den Charakter einer sunnitisch-schiitischen Religionsfehde annehmen und wie weit sie Ausdruck islamischer Unterlassenbewegungen sind. An der Entwicklung im Irak, dessen Bewohner zu 60 % Schiiten sind - arme Bauern der Südpfeiler, Bewohner der Massenquartiere Bagdads, die einfachen Soldaten der Armee - soll die Ausbildung einer chiasmatischen Revolutionsbewegung, ähnlich der im Iran, näher dargestellt werden.

Die Vorherrschaft am Schatt-el-Arab gegen den Iran zurückzugewinnen, den Schah als stärkste Macht am Golf zu beerben und einen Putsch im Iran einzuleiten - das waren für den Irak Ziele des Blitzkrieges, die zweitrangig waren neben dem, die propagandistische Tendenz der iranischen schiitischen Revolution in den Irak hinein zu bekämpfen. Der Krieg Saddam Husseins ist nicht nur gegen den Iran, sondern gegen die schiitische Mehrheit im Irak selbst gerichtet. Hussein hat allen Grund, den Aufstand dieses

Bevölkerungsteiles zu fürchten, auch noch zu einem Zeitpunkt, zu dem die iranische Revolution längst durch die islamisch-republikanische Machtfraktion deformiert worden ist. Ein kurzer Blick auf die Geschichte des Irak wird die Parallelen zum vorrevolutionären Iran verdeutlichen. (Zur Geschichte des Irak, vor allem auch seiner außenpolitischen Verstrickungen im arabischen Lager, die hier ausgelassen wurde, vgl. E. und E.P. Penrose, Iraq: International Relations and National Development, London 1978. Die vorrevolutionäre Situation in Iran haben wir untersucht in AUTONOMIE, N.F. Heft 1.)

Bis 1958 herrschte im Irak eine haschemitische Monarchie, die sich wie die iranische Despotie der 50er Jahre vor allem auf die Scheichs, die sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die ehemaligen Stammesländer als Großgrundbesitzer angeeignet hatten, stützte. Die Bauern wurden über Verschuldungsmechanismen praktisch im Zustand der Leibeigenschaft gehalten. Seit der Mossadegh-Krise im Iran und dem folgenden Boykott iranischen Erdöls durch die Ölmultis konnte sich die irakische Monarchie aber auch auf steigende Ölrevenue stützen, die sie für Staudämme, die Armee und einige staatliche Industrieprojekte verwendete. Daß sich die industrielle Produktion in den Jahren 1953-58 um 85% erhöhte, ist freilich nicht diesen Fabriken zuzurechnen, sondern den Schwitzbuden der Basari, in denen der städtische Mob bis zur physischen Vernichtung ausgepreßt wurde.

Ähnlich wie im Iran entstand während dieser 50er Jahre eine explosive soziale Situation, in der das Regime von mehreren Seiten her in Bedrängnis gebracht wurde: einerseits war es gegen die de facto-Leibeigenschaft auf dem Land, vor allem im ärmeren schiitischen Süden des Landes, zu Landbesetzungen und Aufständen gegen die Scheichs gekommen; die mit Gesetzen nicht mehr kontrollierbare Landflucht hatte die Slums der Städte anschwellen lassen, und die Forderungen der Massen nach Brot und Wohnraum waren nicht mehr zu überhören; andererseits hatte die Paschemitendynastie in den Städten eine breite Oppositionsfront gegen sich, die sich nach der Suez-Krise insbesondere gegen die vom Westen abhängige antisowjetische Politik der Länder des Bagdad-Paktes richtete: diese Front reichte von der konservativen Geistlichkeit über die Moslembrüderschaften, das aufgeklärte Bürgertum bis zu den nasseristischen und arabisch-nationalistischen Offizieren in der Armee.

Der Militärputsch vom 13. Juli 1958 unterschied sich von den vorausgehenden Putschen der 30er und 40er Jahre (wie auch z.B. von dem Putsch-Versuch der Baath-Partei in Jordanien 1956) dadurch, daß er Elemente einer sozialen Revolution in sich trug. Die nach Bagdad einmarschierenden Militärverbände besetzten als erstes die Radiostation und forderten in flammenden Aufrufen den Aufstand der Massen. Die städtischen Unterklassen, Landflüchtlinge, der Mob aus den Vorstädten, stürmten daraufhin den Königspalast, töteten die Königsfamilie, schleiften den Haschemitenherrscher durch die Straßen und erhenkten die Leiche vor dem Verteidigungsministerium. Die Bagdader Gefängnisse wurden geöffnet, die Botschaft der britischen Imperialmacht wurde besetzt. Obwohl die Truppen Kassem, der nun die Herrschaft antrat, den Mob binnen weniger Tage in die Vorstädte zurückdrängten, war es nicht nur der Zusammenbruch des antisowjetischen Bagdad-Paktes, der wenig später zum Einmarsch von US-Truppen in Beirut und von britischen Einheiten in Jordanien führte, sondern es war die Besorgnis der imperialistischen Mächte vor der Ausweitung einer Revolution. Ohne daß sichtbar eine politische Mobilisierung vorausgegangen war, hatte ein Radioaufruf genügt, um die Massen aus den Vorstädten zu einer revolutionären Kraft werden zu lassen.

Die Herrschaft Kassem war nach dieser Revolution mehr als nur eine korrupte, blutige Militärherrschaft; sie war zugleich durch populistische Zugeständnisse an den Mob geprägt: Beginn einer Agrarreform, die die Entmachtung der Scheichs einleitete, Miet- und Pachtzinssenkungen, Senkung der Brot- und Gaspreise, Nutzung der Ölrevenue für den Massenwohnungsbau, Kontrolle der ausländischen Kapitalien. Kassem's aggressive Politik gegen die Ölkonzerne führte zu einer Stagnation der Entwicklung des Ölsektors, die bis Ende der 60er Jahre dauern sollte und den Irak gegenüber Saudi-Arabien und dem Iran ins Hintertreffen geraten ließ. Außenpolitisch orientierte sich Kassem zum nasseristischen Ägypten und zum Ostblock.

Die Kassem'sche Agrarreform blieb allerdings durch die lokalen Manöver der Scheichs in den Anfängen stecken; die Stagnation der Agrarentwicklung und das Hofieren der städtischen Massen förderten noch die Abwanderung vom Land. Die hinter den Nachbarstaaten zurückbleibenden Ölrevenue verhinderten durchgreifende Wirtschaftsreformen. 1959 gab es einen Aufstand der konservativen Basarischtenden Nordens, der von Syrien unterstützt wurde, im gleichen Jahr den ersten

Mordanschlag auf Kassem (bei dem die Ölgesellschaften im Hintergrund vermutet wurden). Ab 1961 nahmen auch die Kurden ihre Kämpfe gegen das Bagdader Regime auf, förderten aber damit nur den Aufstieg eines neuen Regimes, das sie nach kurzer Pause noch mehr unterdrücken würde und das auch der schiitisch-sunitischen Integrationspolitik Kassem's ein Ende setzen würde.

Seit Anfang der 60er Jahre arbeitete die Baath-Partei an einem gemeinsamen Umsturzplan für Syrien und den Irak; zu diesem Zweck baute sie enge Kontakte zum amerikanischen CIA auf. 1963 wurde Kassem in einem von der Baath-Partei initiierten Militärputsch ermordet; in Straßenkämpfen ergriffen die Slumbewohner die Partei Kassem's, wurden aber zurückgedrängt. Alle exponierten Baath-Opponenten, vor allem die Kommunisten, wurden nach Namenslisten des CIA liquidiert.

Das erste Baath-Regime stützte seine Herrschaft auf paramilitärische Verbände seines linken Flügels, die für einige Monate die Straßen beherrschten, bis sich das Militär in seinem Machtmonopol bedroht sah und im November 1963 ein gemäßigtes Regime installierte. Erst 1968 gelang der Baath-Partei ein weiterer Militärputsch; ein anschließender Mini-Putsch verdrängte die Militärs aus dem Machtzentrum: nun hatte sich die sunitische, aus dem Ort Takriti stammende Gruppe um al-Bakr und Saddam Hussein installiert. Das neue Regime herrschte von Anfang an durch Terror; es verfügte aber, ohne die Fehler des vorangegangenen Putsches zu wiederholen, über eine genaue Strategie der Machtausübung: Infiltration der Berufsverbände, politische Armeekommissare, eine DDR-Geheimpolizei, einen Terror-Gerichtshof, eine rigide Parteiorganisation und funktionierende Bürokratie. Über eine Volksfront mit den Kommunisten, soweit sie nach 1963 noch am Leben waren, und Nasseristen betrieb Baath eine Annäherung an die Sowjetunion (Freundschaftsvertrag 1972), von der sie seither Waffenlieferungen bezogen hat.

1971 verschlechterte sich das Verhältnis zum iranischen Schah, als dessen Armee die militärstrategisch wichtigen Tumb-Inseln in der Straße von Hormus besetzte und damit die iranische Vorherrschaft am Golf ausweitete; um den Irak als seinen wichtigsten Konkurrenten zu schwächen, unterstützte der Schah die Kämpfe der irakischen Kurden für Autonomie. 1974 begann ein Kurdenkrieg,

der seitens des Bagdader Regimes mit aller Härte geführt wurde, mit Massenexekutionen und Phosphorbombenabwürfen. Im Lauf dieses Krieges kam es immer häufiger zu Meutereien des schiitischen Fußvolkes in der Armee, die mit standrechtlichen Erschießungen durch die Baath-Kommissare beantwortet wurden.

Freilich unterstützte der Schah die Kurden nur so lange, wie sich deren Kämpfe nicht auf iranisches Gebiet auszudehnen drohten; 1975 unterzeichneten die beiden Staaten auf OPEC Initiative einen Vertrag, der die Grenzlinien festlegte und die iranische Unterstützung für die Kurden versiegen ließ. Der Kurdenkrieg wurde grausam beendet - hunderttausend flohen über die Grenze, große Teile wurden in den Süden Iraks deportiert, andere nahmen den Guerillakrieg auf - das irakische Kurdistan lebt seither in militärischem Belagerungszustand.

Die Deportation von Kurden in die Südprouvinzen, wo sie die Sympathie der unterdrückten Schiiten gewannen, und die Verluste an jungen schiitischen Soldaten, die auch weiterhin in Kurdistan fielen, schürten Unruhen in der Schia. Die Beerdigungszereimonien wurden mit zum auslösenden Faktor dieser Unruhen, ähnlich wie auch in der iranischen Revolution die Friedhofsdemonstra-

tionen eine wichtige Rolle gespielt haben (Heute liegt ein wichtiger Grund für den nur langsamen irakischen Vormarsch im Krieg darin, daß das Hussein Regime gerade jetzt diese Wirkung der Beerdigungen für schiitische Soldaten fürchtet). Die Unruhen gingen aus von den Moscheen in Najif und Kerbala; dort wurden 1975 mehrere Geistliche erhenkt, jedoch zwei Jahre später flackerte der schiitische Widerstand erneut auf.

Im Unterschied zu Kassem verfügt das Baath-Regime seit der Schließung des Suez-Kanals 1967, und stärker noch seit dem Beginn der 70er Jahre, über ständig steigende Ölrevenue. Das Regime kaufte schlüsselfertige Industrieprojekte und investierte in der Petrochemie - zunächst vom Ostblock, seit der Ölkrise 1973/74 zunehmend auch von Westeuropa. Außerdem wurde ein steigender Anteil der Ölrevenue für Waffenkäufe und den Aufbau einer Atomindustrie - beides seit 1977 vor allem aus Frankreich - verwendet.

Wie im Iran ist die Industrialisierung aber dadurch begrenzt, daß sich die an Subsistenz der Großfamilie und ländlichen Traditionen orientierenden Iraki nicht in einer Generation in ein Leben als Industriearbeiter in einer Kleinfamilie pressen lassen. Deshalb auch wird die Industrialisierungspolitik ergänzt durch die Repression seitens der



Bürokratie, des Parteiapparates und einer Geheimpolizei, die der SAVAK des Schah um nichts nachsteht. Ein großer Teil der Industriearbeit wird, trotz der 13 Millionen irakischen Einwohner, jedoch noch immer von Immigranten geleistet: vor dem Krieg befanden sich 750 000 Ägypter, 20 000 Inder, 30 000 Pakistani und ebensoviele Arbeiter aus Bengladesch im Land, neben den Experten aus USA, Japan, West- und Osteuropa (vgl. FR 15.10.80).

Neben der Repression, die die Umerziehung der Iraki zum Industriearbeiter begleitet, steht ein Programm umfangreicher Sozialinvestitionen. Zunächst die Agrarreform, die seit 1970 verstärkt betrieben wird. Ihr Ziel ist nicht die Schaffung einer Klasse freier Bauern, sondern die Errichtung staatlicher Kooperativen, die Lohnarbeiter beschäftigen. Aber wie über die Industrie urteilen Experten auch über die Agrarentwicklung: "die beste Landreform nützt nichts, wenn die Menschen unter ihr nicht arbeiten wollen". Die andere Seite des Sozialprogrammes ist die Steigerung der Masseneinkommen durch Mindestlöhne und staatliche Renten, Errichtung der Schulpflicht, sowie nicht zuletzt eine gnadenlose Stadtsanierung: aus den Slums in Bagdad sind Kleinfamilienkasernen geworden; die Stadt ist ein Zementmoloch, aus dem Basar und Slums, die Quellen der vergangenen Unruhen, herausaniert worden sind. In Najif und Kerbala konzentriert sich die Sanierung vor allem auf die Gebeite um die Moscheen.

Mit diesem Sozialprogramm, das den letzten Planungen des iranischen Schah in groben Zügen gleicht, hat sich das Baath-Regime innenpolitisch als so stabil erwiesen, wie noch keines vor ihm, hat aber doch nichts daran ändern können, daß die staatliche Modernisierung den Massen, vor allem im schiitischen Süden, wie eine Despotie gegenübertritt. Immer stärker wandten sich die Schiiten ihrer chiliastischen Religion zu, 1977 brachen zu den jährlichen Prozessionen um die Märtyrerschaft Husseins in Najif und Kerbala erneut Unruhen aus, wiederum wurde eine Reihe von Geistlichen liquidiert. Die Revolution im Iran, ließ das Regime erkennen, daß seine moderne Herrschaftsvariante ein Problem mit den Kompradorendynastien am Golf gemeinsam hatte: die modernste und die verrottetsten Staatsformen wurden gleichermaßen von der chiliastischen Revolutionsbewegung bedroht. Der Irak suchte stabile Bündnispartner im Westen (vor allem Frankreich und die BRD, die

ihre Exporte nach Irak im letzten Jahr um 69% steigerte), brach die Allianzen mit den anderen modernen arabischen Regimes und wandte sich den bedröhten Kompradorendynastien zu (Ende 1978: Abkommen mit Saudi-Arabien, Freundschaftsbeziehungen zu Jordanien, 1979 Ausbruch aus der Anti-Sadat Front; vgl. AK 186, 7.10.80, S. 8). Innenpolitisch verschärfte das bedrohte Regime seinen Repressionskurs: 1978 wurde die KP erneut verboten, Hinrichtungen von Kommunisten und andern Oppositionellen folgten (in diesem Zusammenhang wurde auch Khomeiny ausgewiesen). Diese Wende erzeugte innerhalb der Baath-Partei eine tiefe Spaltung: mit einer innerparteilichen Massenexekutionswelle im Juli 79 setzte sich Saddam Hussein gegen Al Bakr und seinen Parteiflügel durch. Erneut brachen Unruhen in Najif und Kerbala aus, im irakischen Süden wurden nun zehntausende verhaftet, hundert Mullahs liquidiert, der Ayatollah As-Aadr verhaftet. In der Folge wurden 40 000 Schiiten in den Iran ausgewiesen. Seit Beginn dieses Jahres treten die Modjahedin al-Iraqiyin mit mehreren Anschlägen als schiitische Untergrundorganisation in Erscheinung.

Das alles verdeutlicht, daß der Irak trotz seiner modernen Sozialpolitik am Vorabend einer chiliastischen Revolution steht. Das Baath-Regime ist durchaus "fortschrittlich" aber gegenüber einer schiitischen Massenbewegung macht es eben keinen Unterschied, ob die Modernisierungspolitik gegen das Volk von einer Kompradorendynastie oder einem sozialistischen Regime betrieben wird. Saddam Hussein hat erkannt, wo seine Bündnispartner in diesem Konflikt liegen, und er versucht, die inneren Probleme des Irak durch einen Krieg gegen den Iran zu lösen: einen Brand im Nachbarland zu löschen, dessen Flammen längst im Irak selbst lodern.

Der Golf zwischen Containment und Balkanisierung

In der zweiten Hälfte der Carterschen Regierungszeit ist unübersehbar geworden, daß der Ost-West-Konflikt wiederbelebt wird, um den USA und ihren Verbündeten in den drei Kontinenten freie Hand zu schaffen. Die Überzeugung amerikanischer Militärstrategen, der zufolge mit der neuen Generation zielsicherer Nuklearsprengköpfe ein "Entwaffnungsschlag" gegen die UdSSR möglich sein soll, endet bei der Erklärung, der atomare Krieg sei wieder "führbar". Die militärische Verwundbarkeit der Sowjetunion und ein forciertes Rüstungswettlauf sollen deren Handlungsfähigkeit begrenzen und ihr Stillhalten auf der Südhalbkugel erzwingen. Ein wichtiger Gesichtspunkt aller Nachrüstungsbeschlüsse ist in der Absicht zu sehen, die UdSSR totzurüsten. Die Zerstörung eines einzigen befestigten Ziels, sagen die Amerikaner, koste die Sowjetunion gut sechsmal soviel wie ihnen selbst.

Die Stationen des neuen Containment sind bekannt: Das Ausspielen der "chinesischen Karte" und die rasante Aufrüstung Japans gehören ebenso dazu, wie die gemeinsam mit der BRD betriebene Reorganisation des ASEAN Pakts und die Stationierungsbeschlüsse für Mittelstreckenwaffen in Europa, deren Reichweite nicht mehr an der sowjetischen Westgrenze endet, sondern an der Linie Moskau-Kiew. Containment und Aufrüstung der imperialistischen Länder für den Nord-Süd-Konflikt greifen untrennbar ineinander. Das gilt für die Kontrolle des Indischen Ozeans von Diego Garcia aus, das gilt für die Verstärkung der französischen, bereits mehrfach in Afrika eingesetzten "Verbände für Außenaktionen", die Aufstellung amerikanischer Eingreiftruppen und die faktische Ausweitung der NATO-Sphäre auf den Südatlantik mit der Kap-Route. Im Hinblick auf die beiden letzten Punkte spielt auch die BRD eine durchaus aktive Rolle. Für die Ausweitung der NATO-Sphäre werden Einheiten freigesetzt, indem die Bundesmarine ihr Operationsgebiet über den 61. Breitengrad nach Norden ausdehnt, und die Umgruppierung

der amerikanischen Truppen wird möglich, weil die Bundeswehr in Mitteleuropa durch eine Aufstockung ihrer Munitionsvorräte, sowie die Verstärkung der Reserve um neunzigtausend Mann, kompensierend wirkt.

Die Reaktionen der Sowjetunion wurden auf drei Ebenen angesiedelt. Zunächst ist die UdSSR bemüht, sich der Einkreisung zu entziehen, wo immer es geht. Mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln - und diese sind denjenigen der USA nicht unähnlich - besetzt sie dabei noch freie strategische Felder. Der Putschversuch der CIA in Afghanistan, einem Land mit alten Beziehungen zu Rußland, lieferte den Anlaß, hier einzumarschieren und damit das schwächste Glied aus der Kette zu trennen. Der Ausbau der amerikanischen Position im Indischen Ozean fand sein Gegenstück im sowjetischen Engagement am Horn von Afrika. Dabei gelang es der Sowjetunion immerhin, in dieser Region eine solche Präsenz aufzubauen, daß die "Carter-Doktrin", nach der ein Konflikt im Persischen Golf sofort durch die USA eskaliert werden sollte, zu einem Va-Banque wurde, das zu spielen sich die USA bislang nicht entschließen konnten.

Neben diesen Versuchen, die Einkreisung an verschiedenen Schauplätzen kurzfristig zu durchbrechen, gilt das sowjetische Interesse der langfristigen Festigung des eigenen Einfluß' in den drei Kontinenten. Die Stabilisierung derjenigen Regimes, die im Verlauf der vergangenen Jahre aus siegreichen anti-imperialistischen Bewegungen hervorgegangen sind und die marxistisch orientiert sind, ist das zu diesem Zweck naheliegende und bevorzugte Mittel. Dabei kann es keinen Zweifel daran geben, daß etwa Angola oder Mozambique ohne diese Unterstützung schon längst den konterrevolutionären Gegenschlägen zum Opfer gefallen wären. Es kann hingegen wohl bezweifelt werden, ob auf diese Weise eine gesellschaftliche Entwicklung jenseits von Imperialismus und Staatskapitalismus zur Entfaltung gelangen kann. Dabei umfaßt dieses

Problem nicht nur die ökonomische Dimension, sondern, vermittelt über Herrschaftsstrukturen und kulturelles Selbstverständnis, vor allem die Dimension der revolutionären Integrität.

Die dritte, freilich nur taktischen Erwägungen geschuldete Ebene, liegt in einem Bereich, für den der KGB zuständig zeichnet. Es ist schon kein Geheimnis mehr, daß die bewaffneten Gruppen in Westeuropa am einstweiligen Ende der Entspannung eine wesentlich differenziertere Beurteilung erfahren als früher.

Zurück zum Ausgangspunkt; das neue Containment hat bis zum Ende der Carterschen Amtszeit noch nicht die Wirkung gehabt, die die USA erwarten. Zugleich hat die Antwort der UdSSR - besonders der Einmarsch in Afghanistan - erheblich dazu beigetragen, daß auf der Südhalbkugel die Sowjetunion mehr denn je als Supermacht mit hegemonialen Ansprüchen in Erscheinung tritt, während das von ihr gepflegte Image, sie könne Schutzschild einer eigenständigen Entwicklung sein, zusehends verblaßt. Die iranischen Fundamentalisten und die sowjetischen Politiker stehen sich völlig fremd gegenüber, und die "Renaissance" des Islam scheint sogar die Möglichkeit einer innenpolitischen Belastung für die UdSSR mit sich zu bringen. Seit der iranischen Revolution erfährt die konforme islamische Geistlichkeit der Sowjetunion eine ihr zuvor unbekanntes Wertschätzung seitens Presse und Partei.

wieder Erklärungen ab, nach denen Frankreich und die UdSSR gleichermaßen Freunde seines Landes sind. Wenn die Sowjetunion den Iran durch die Demonstration ihrer Seemacht von der Gefahr des direkten amerikanischen Eingreifens entlastet, geht es um das Kräftegleichgewicht der Supermächte, nicht jedoch um die Ergebnisse der iranischen Revolution.

In diesem von der neuen Containment-Politik bedingten Rahmen sind die imperialistischen Länder bemüht, den Iran wieder ihrer Kontrolle zu unterwerfen. Dabei ist das Interesse am Iran ein doppeltes: Es geht selbstverständlich um den Reichtum des Landes, und es geht, weit darüber hinaus, um das Austreten der revolutionären Lunte, die an die ganze mittelöstliche Region gelegt ist.

Nach den fehlgeschlagenen Putschplänen und dem festgelaufenen Blitzkrieg halten sich die USA im Augenblick jeden verbliebenen Weg offen, auch den der Annäherung an die konservativ-schiitische Führung des Iran. Durch den Krieg zwischen Iran und Irak sind die Möglichkeiten zu solch einer unheiligen Allianz größer geworden, denn die zerstörten Erdölindustrien stellen auch die iranischen Machtfaktionen in Frage. Massenarbeitslosigkeit, Versorgungsschwierigkeiten und Wohnungselend verschwinden nicht durch die Kanalisierung des Unmuts in Angriffe auf nationale Minderheiten und mit dem Trommeln für die ideologische Expansion des Iran dürfte es nach diesem Krieg auch nicht mehr weit her sein.



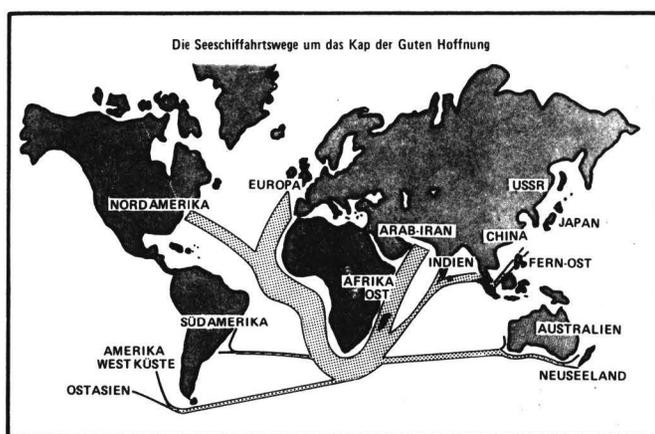
Diejenigen Kommentatoren dürften Recht haben, die behaupten, die Sympathie der UdSSR läge, trotz des Schwanks des Irak, auf dieser Seite. Immerhin ist der irakische Vize-Premier Tarik Aziz seit Kriegsbeginn zweimal in Moskau gewesen und Saddam Hussein gibt in Bagdad mittlerweile

Die Bedürfnisse der iranischen Massen sind nur zu befriedigen, wenn eine Landreform das Leben im Dorf wieder möglich werden läßt; wenn Landwirtschaft, Gewerbe und kleine Industrie dezentral aufgebaut und miteinander verknüpft werden. Nun sind materielle Ziele der Revolution sicherlich keine Ziele des Imperialismus, aber seine Reaktion auf sie ist in den vergangenen Jahren flexibler geworden.

Als Pahlawi 1963 die Modernisierung des Iran mit einem Ausrottungsfeldzug auch gegen den konservativ-schiitischen Widerstand erzwang, gab es nur eine technologische Entwicklungslinie des imperialistischen Kapitals. Diese auf Weltmarktfabriken ausgerichtete, großtechnische Linie ist heute nicht nur um die bevölkerungspolitische Variante mit ihren neuen Massenvernichtungsvorhaben erweitert, sondern auch um eine andere Technologie. Induziert vom inneren wie äußeren Wider-

stand gegen großtechnische Anlagen und AKWs ist in der Zwischenzeit in den Metropolen eine zweite Linie entstanden: "Angepaßte Technologie" und "soft technology" sind nicht nur profitabel, sondern sie sind auch ein Teil des Netzes, in dem sich der "alternative" Protest der Metropolen und die populistische Revolte der Kontinente verfangen sollen.

1963 mußten die obersten Schichten des traditionellen Sektors der iranischen Gesellschaft - die reichen Handwerks- und Basari-Gilden - mit ihren gebundenen Ausbeutungbeziehungen zur Angriffsfläche der auf Massenproduktion und westliche Arbeitsweisen zielenden "Weißen Revolution" werden. 1980 könnten diese Strukturen zum stabilisierenden Machtfaktor für eine den Iran durchdringende, traditionelle Sozialstrukturen einbeziehende "angepaßte Technologie" werden.



Ob sich in den kommenden Wochen und Monaten die IRP, ein sich nun auf die Armee stützender Bani Sadr, oder dieser im Bündnis mit gemäßigten Teilen der IRP durchsetzen wird, scheint fast egal zu sein. Die Rekonstruktion der Wirtschaft hat im Iran die Umlenkung der Petrodollar zur Voraussetzung. Und diese Petrodollar werden erst wieder fließen, wenn die USA, die EG oder Japan in der iranischen Industrie einen neuen Investitionszyklus in Gang setzen oder zulassen. Je nachdem, wer dann die Führung des Lands innehaben wird, werden die USA oder die EG und Japan den größeren Nutzen ziehen. Der Investitionsboykott der letzten eineinhalb Jahre hat deutlich gezeigt, daß die besonders von Bani Sadr propagierte Gleichsetzung von Anti-Amerikanismus und Anti-Imperialismus eine Rechnung ohne den Wirt ist. Die strategische Bedeutung, die der Mittlere Osten für alle imperialistischen Länder hat, läßt es nicht zu, gerade hier das gemeinsame Interesse zu Gunsten der Konkurrenz zu vernachlässigen. Angesichts der Kriegsfolgen ist es keine Frage, daß

die Position des Iran heute noch schwächer geworden ist. Ohne den Wiederaufbau der zerstörten Industrieanlagen kann der Iran auf Grund seiner deformierten ökonomischen Struktur jedoch nicht leben und so wird jedes Regime für die Rückkehr westlichen Kapitals mit politischen Zugeständnissen bezahlen müssen.

Was für die USA auf dem Spiel steht, ist die Kontrolle der ganzen Golf-Region. In den vergangenen eineinhalb Jahren schien die Möglichkeit eines Arrangements zwischen der iranischen Führung und den USA so gering zu sein, daß die Carter-Administration alles tat, um eine Front der anderen Golf-Anrainer gegen die Islamische Republik aufzubauen. Nachdem der Krieg die Möglichkeit verbessert hat, den nachrevolutionären Iran in eine neue Abhängigkeit zu treiben, nutzen die Amerikaner die Gunst der Stunde, um den Iran wieder in dieses Spiel einzugliedern. Die Art und Weise, in der der Einfluß auf den Mittleren Osten durchgesetzt werden soll, unterscheidet sich nicht von der altehrwürdigen Balkanpolitik der europäischen Dynastien. Anstatt auf ein spezielles Land als dauernden Bündnispartner zu setzen, werden je nach den günstigsten Gegebenheiten wechselnde Bündnisse abgeschlossen. Ein Land wird gegen das andere ausgespielt, damit keines zur vorherrschenden Macht der Region wird und die Schwäche und Abhängigkeit aller erhalten bleibt. Die Parallele geht indessen noch weiter, war die Balkanpolitik vor dem 1. Weltkrieg Resultat des Patt zwischen den europäischen Mächten, ist die Balkanisierung des Mittleren Ostens in der Gegenwart Ausdruck des Patt zwischen den beiden Supermächten. Auch die Sowjetunion spielt nach diesen Regeln. Kaum waren die ersten Anzeichen des amerikanischen "Frontwechsels" zu beobachten, begann aus der UdSSR militärischer Nachschub über Jordanien in den Irak zu fließen, was Sadam Hussein mit seinen schon erwähnten Bemerkungen über die Freundschaft quittierte, während sein Stellvertreter zur selben Zeit in Paris die Amerikaner scholt.

Aus der Perspektive der USA gibt es keinen Frontwechsel, sondern ein Mittel hat seinem Zweck gedient und damit aber auch seine Bedeutung eingebüßt. Für die imperialistischen Länder steht im nächsten Zug an, die vor fast zwei Jahren im Iran verlorenen Positionen wieder zurückzugewinnen, ohne die seitdem ausgebauten zu gefährden. Obwohl die Zeit seit dem Sturz Pahlawis nicht lang ist, hat die amerikanische

Erdöl- und Petrochemie-Industrie einen beachtlichen Teil ihrer iranischen Produktionsanlagen durch Investitionen in Saudi-Arabien ersetzen können. Eine gleichgros-



Demonstration iranischer Arbeitsloser

se Beweglichkeit legten auch westeuropäische Konzerne wie Krupp oder die AEG an den Tag. Ihre Neuorientierung verlief in

Richtung Bagdad. In stärkerem Ausmaß als die anderen imperialistischen Länder hat Frankreich festgelegte Interessen in dieser Region. Der Irak ist einerseits der Hauptlieferant des in Frankreich verbrauchten Erdöls und andererseits der bedeutendste Abnehmer französischer Waffen. Aus diesen Gründen betreibt Frankreich gegenüber dem Iran eine vorsichtigeren Politik als die USA oder die EG insgesamt, was freilich nichts daran ändert, dass die Europäer im Mittleren Osten nach wie vor als Juniorpartner der USA auftreten.

Eigene, wenngleich andersartige Interessen als Frankreich, hat schließlich auch Israel zu wahren. Hatten die Israelis zunächst an der Ausarbeitung der irakischen Angriffspläne teilgenommen, veröffentlichte der israelische Geheimdienst Mossad unmittelbar nach Kriegsbeginn eine Liste militärisch wichtiger Angriffsziele im Irak. Auf die lohnendsten dieser Ziele, die beiden irakischen Kernreaktoren, wies der israelische Rundfunk schließlich noch in mehreren Sendungen hin. Kurze Zeit später wurden die Reaktoren bombardiert - wie es heißt, von israelischen Jagdbombern. Die Israelis haben seit Kriegsausbruch nichts unterlassen, um beide Seiten zu schwächen und sich selbst auf die billigst mögliche Weise zu stärken. Ihre Politik im Konflikt um den Persischen Golf hat, in bescheidenerem Umfang und gewissermaßen zu Gunsten des eigenen Kontos, die Politik der USA verdoppelt.

Eine Revolution weit weg?

Der Redaktion dieses Heftes schien es zu wenig zu sein, die gegenwärtige Situation am Golf unter verschiedenen Gesichtspunkten aufzuarbeiten, und die Frage, welche Rückwirkungen sich einstellen können, völlig unberücksichtigt zu lassen. Wir haben aus diesem Grund mehrere Diskussionen darüber geführt, welche Bedeutung revolutionäre Prozesse in dieser Region für uns haben und welche Entwicklungen möglicherweise zu erwarten sind. Die wesentlichen Überlegungen dieser Gespräche sind in einer freilich sehr knappen und gedrängten Form in diesem Artikel wiedergegeben. Die hier angeschnittenen Fragen sind für uns mit diesem Beitrag nicht beantwortet, vielmehr steht die Diskussion über einen konkreten Antiimperialismus und die Entwicklungstendenzen der kommenden Jahre erst am Anfang. Es geht somit darum, ein vorläufiges Ergebnis mitzuteilen, und es verbindet sich damit eine Aufforderung und Anregung zur Diskussion.

Der Krieg zwischen dem Iran und dem Irak, in dessen Verlauf sich die Regimes des Nahen und mittleren Ostens durch ihre Unterstützung auf die eine oder andere Seite geschlagen haben, hat gezeigt, daß die Großmächte und das westliche Kapital nicht eindeutig auf einen der beiden Kontrahenten setzen. Die Metropolen haben kein Interesse an einem Kriegsausgang, der die Vormachtstellung eines Staats am Golf entstehen ließe. Auf militärischer, politischer und wirtschaftlicher Ebene wird eine "Balkanisierung" betrieben und darauf hingearbeitet, daß die bewaffneten Konflikte zwischen Staaten oder mit ethnischen Minderheiten, die politischen Bündnisse und die wirtschaftlichen Verflechtungen in dieser Region in einem Zustand dauernder Instabilität münden. Ein zweites Ziel dieser Politik der Großmächte besteht in der Vernichtung oder zumindest Eindämmung jeglicher eigenständiger sozialrevolutionärer Massenbewegung. Mit dem Sturz des Schah-Regimes, des Eckpfeilers westlicher Vormachtstellung am Golf über Jahrzehnte, mit der wachsenden militärischen Präsenz der Sowjetunion seit Afghanistan, und mit den gescheiterten Umsturzversuchen der Amerikaner im Iran ist, vor dem Hintergrund einer nur langsam wirkenden Containment-Politik das strategische Patt der Supermächte in dieser Region zum Auslöser der "Balkanisierung" geworden.

Im Unterschied zu anderen Ländern der Drei-Kontinente sind die Staaten der Golfregion

für den Imperialismus von entscheidender Bedeutung. Sie sind weniger interessant durch das Angebot von billigen Arbeitskräften, denn diese Staaten verfügen selbst über große Kontingente z.B. afghanischer und pakistanischer Arbeitsemigranten; das Interesse beruht vielmehr auf dem Besitz des zentralen Rohstoffs Erdöl und auf den monetären Möglichkeiten dieser Länder, die sich im Petrodollarrecycling ausdrücken. (Spätestens seit der "Ölkrise" 1973/74 verfügen die OPEC-Länder über so hohe Erdöleinkünfte, daß diese weder in den eigenen Ländern mit ihrer deformierten ökonomischen Struktur angelegt werden können noch fließen sie in andere Gebiete der Drei Kontinente. Das Geld der Erdölstaaten taucht stattdessen auf den Kreditmärkten der Metropolen auf, so daß gerade mit ihm ein Teil des Kapitals bereitgestellt wird, welches für Investitionen in den imperialistischen Ländern, aber auch für die Ausbeutung der Drei Kontinente benötigt wird).

Das Kapital in der BRD hat am Anfang der 80er Jahre mehrere Planungsvarianten parat, wie die Entwicklung in den Metropolen aussehen könnte: sie reichen von den Plänen um den Forschungsminister Hauff, der (ähnlich wie es auch Carter in den USA vorhatte) über eine massive Staatsverschuldung einen neuen Konjunkturzyklus einleiten wollte, um auf diese Weise dem Gespenst der Massenarbeitslosigkeit entgegentreten zu können, bis zu Plänen, eine rücksichtslose "Sanierung" des Staatshaushalts eine langdauernde Krise hervorzurufen, die der Politik hoher Löhne, der Vollbeschäftigung, der mit hohen Sozialausgaben erkaufte Ruhe im Land, ein Ende setzen würde. Inzwischen, nach den Wahlen, scheint die Entscheidung gefallen zu sein: die Staatsverschuldung soll gesenkt, die Zinsen sollen erhöht werden, d.h., daß Investitionen nur noch bei besonders hohen Profit-erwartungen getätigt werden, eine Arbeitslosigkeit von mehreren Millionen wird zur Selbverständlichkeit.

Kapital wird in den Metropolen nur noch profitabel sein, wenn es

- a) über die Spaltung von Planungswissen und Metropolentechnologie einerseits und einer Technologie mit geringem Standard für die Drei Kontinente andererseits seine Nord-Süd-Machtstellung ausbauen kann;
- b) sich über Staatsaufträge reproduziert, oder
- c) zusammen mit dem Staat über wirksame Mechanismen der Abschöpfung von Masseneinkommen verfügt.

Diese Entwicklung, auf die das Kapital mit der Ölkrise 1973/74 festgelegt wurde, hat zur Folge, daß sich die profitablen Kapitalsektoren in den Metropolen stark einengen: Öl und Petrochemie, Chemie, hochentwickelte Teile der Elektro- und Elektronikindustrie, der Energiesektor und Bereiche der Rüstungsindustrie gehören dazu, schließlich auch Reste des Maschinenbaus. Schon jetzt versucht die Automobilindustrie über neue Verbundwerkstoffe und hochautomatisierte Fertigungsverfahren Anschluß zu gewinnen. Dem Energie und auch dem Erdölsektor kommt bei dieser Kontraktion eine Schlüsselrolle zu. Durch hohe Energie- und Ölpreise wird Masseneinkommen für Sektoren abgeschöpft, die fast ohne Arbeitskraft auskommen; diese übernehmen die Vorreiterrolle für die neuen hochtechnisierten Industriekomplexe des kommenden Jahrzehnts.

Der sozialdemokratische Staat ist in der Vergangenheit über die Erhöhung direkter und indirekter Steuern stets der entscheidende Eintreiber von Lohn- und Einkommensabzügen gewesen. Bei steigenden Rüstungsausgaben und der Absicht, Subventionen auf wenige industrielle Sektoren zu beschränken ist aber klar, daß die Sozialausgaben sinken werden. Die Krise der Altersrenten ist offensichtlich, die der Arbeitslosenversicherung und der Sozialrenten zeichnet sich ab.

Das "Kapital" ist keine Wirtschaftsentwicklung aus "Zyklus" und "Krise", sondern stets ein soziales Verhältnis, ein Machtverhältnis gegenüber den Unterklassen. Am Anfang der 80er Jahre geht der Keynesianismus seinem Ende entgegen: Der Kapitalstrategie, die Unterklassen durch hohe Löhne an eine Arbeits- und Entwicklungsperspektive zu binden, wird offenbar die letzte Basis entzogen. Das Kapital, das seine Herrschaft in den Metropolen auf eine breite Schicht von "Hochlohnarbeitern", ein Verwaltungs- und Repressionsnetz stützt, wird seine Herrschaftsbasis ändern müssen. Der Reallohn stagniert und er wird in den kommenden Jahren vermindert werden.

Eine stärkere Polarisierung als bisher zwischen den hochbezahlten Jobs in den Zentren und Subzentren des Staats und der Industrie auf der einen Seite, den unterbezahlten Massen auf der anderen Seite, steht bevor. Was in den 70er Jahren noch Qualifikationsprogramme, "Upgrading" und "Humanisierung" gewesen sind, wird durch eine breite Konfrontationslinie ersetzt werden: Auf staatlicher Seite steht der Mangel an Geld, durch das die Arbeitsunlust der Massen noch einmal in einem kon-

junkturrellen Boom zu unterlaufen wäre; auf der Seite der Unterklassen steht die Verweigerung, auch weiterhin daran zu glauben, am Metropolenreichtum Anteil haben zu können, eine Einkommenserhöhung durch noch mehr Nachtschichten, noch mehr Schulungsprogramme, noch mehr Anpassung erreichen zu wollen.

Die Beherrschung der kommunalen Massenarbeitslosigkeit, der flüppenden Schulabgänger, der Jugendlichen in den Wohnghettos wird zum zentralen Problem der kommenden Jahre.

Das Regime experimentiert mit verschiedenen Programmen: Mit dem Netz staatlicher Sozialhilfen und Sozialarbeit, die zu teuer werden; mit der freiwilligen unterbezahlten Sozialarbeit der Linken; mit der "alternativen", quasi vorindustriellen Beschäftigung; mit den "Jobbern", die eine Verbindung zwischen der "Turnschuhgeneration" und dem Kapital herstellen; schließlich mit dem Ghetto, in dem die geschlossenen Massen parzelliert und einbetoniert werden. Der Kern der industriellen Arbeit schrumpft und indem die Nicht-Arbeit, verbunden mit der Frage der eigenen Reproduktionsweise, zur Perspektive der Massen wird, wächst die Sorge des Kapitals, daß die Disziplinierung durch Einkommensunterschiede zusammenbrechen könnte; daß sich in den breiter werdenden neuen Unterschichten Wertsysteme durchsetzen könnten, die den Bruch mit Arbeitsassese, Leistungsmoral und kompensatorischem Konsum zur Frage nach der Macht werden ließen.

Was heißt in dieser Situation, in der sich das keynesianistische Herrschaftssystem der 30er bis 70er Jahre nicht mehr fortsetzen läßt, eine Revolution am Golf? Was gewinnen wir, wenn der sozialrevolutionäre Schiismus siegt? Das Regime würde durch die islamischen Unterklassen von zwei Seiten her in Bedrängnis geraten: Einer der wichtigsten Rohstoffe, an dem das Auto, die Chemie, Energiewirtschaft und Wärme hängen, würde über das bisher bekannte Maß hinaus knapp werden. Die Massenarbeitslosigkeit und -armut bildete sich nicht langsam, Stück für Stück heraus, sondern wäre binnen kürzester Zeit als Massenphänomen vorhanden. Zugleich bräche das Petro-Dollar-Recycling zusammen.

Auch die hochautomatisierten Industriezweige, die den stabilen, von Lohnarbeit fast unabhängigen Kern des Kapitals in den 80er Jahren ausmachen sollen, gerieten in die Krise, wenn die nicht mehr fließenden Petro-Dollars einen ausgetrockneten Kreditmarkt hinterließen. Das Kapital wäre im selben Augenblick seiner Machtbasis be-

raubt und hätte seinen Handlungsspielraum für die Befriedung der Massen verloren.

Stellen wir uns vor, welche Folgen es für die metropolitanen Unterklassen hätte, wenn die Einkommen sinken, der Liter Benzin in einigen Jahren über 6.-DM kosten wird. Das Vertrauen in den "Fortschritt" des Westens, bislang das Vertrauen auf steigende Einkommen, würde auch in den Metropolen zusammenbrechen. Die Vorstädte und Armutsquartiere Bagdads oder New Yorks, Neapels oder Sao Paulos erwecken schon heute einen ähnlichen Augenschein: die Betonkasernen, die wenigen, jederzeit kontrollierbaren Ausfallstraßen, das Ödland in der Umgebung sind austauschbar, und auch das innere der Behausungen unterscheidet sich um den Fernseher herum kaum noch durch mehr als lokales Kolorit.

Die Massen in den vorindustriellen Ländern gleichen in mancher Hinsicht den metropolitanen Schichten, die sich von der Arbeits- und Einkommensperspektive des Kapitals lösen. Sei dieses nun eine freiwillige oder erzwungene Lösung, sie hat zur Folge, daß die kapitalistische Ökonomie durchbrochen wird. Eine Lebensweise, in der die Existenz nicht durch ein geregeltes Arbeitseinkommen gesichert ist, macht neue Aneignungsformen nötig; Aneignungsformen, in deren Zentrum der Bedarf, nicht der Markt stehen. Hausbesetzungen, Ladendiebstähle und die unentgeltliche Entnahme von Strom sind noch Einzelerscheinungen, mit der Entwicklung des postindustriellen Pauperismus werden sie zur Selbstverständlichkeit der Massen werden. Die Wandlung der Lebensweise wird mit Kämpfen verbunden sein, Kämpfen, bei deren Vorbereitung der Staat heute noch vorn liegt. So wie es in Italien möglich gewesen ist die Autonomie der Stadtteile zu zerschlagen, gedeiht auch hier die Prävention, wächst der Gewaltapparat.

Nur einige Beispiele seien angeführt: Die Einführung der neuen Personenkennkarte, die eine fast lückenlose Kontrolle des Verhaltens möglich werden läßt; das Symposium des BKA über "Städtebau und Kriminalität" (vgl. Autonomie N.F. Nr. 3); die Untersuchung des BKA über den Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Kriminalität am Beispiel von Mannheim/Ludwigshafen, dann die Trakte. Die Aufzählung ließe sich mühelos fortsetzen, auch das immer rüdere Vorgehen der Polizei bei Demonstrationen und Hausbesetzungen gehören dazu und schließlich kann jedem nur empfohlen werden, sein Augenmerk auf die Prozeßtermine der nächsten Zeit zu richten. So wichtig dies alles ist, Prävention und Repression haben bisher die langfristige Planung des Kapitals zum Maß. Mit einer revolutionären Entwick-

lung am Golf würde die "stille" Lösung des Herrschaftsproblems scheitern, denn die Konfrontation mit der neuen Armut würde zur rapide beschleunigten, verallgemeinerten Konfrontation mit den Massen.

Anders als durch die revolutionären Kämpfe in Lateinamerika, Afrika oder Vietnam wird die Lebensader des Imperialismus von einer erfolgreichen revolutionären Bewegung am Golf direkt getroffen. Die historische Einmaligkeit besteht darin, daß der sozialrevolutionäre Schiismus die Kraft ist, die auch in der BRD eine vorrevolutionäre Situation schaffen kann. Die chiliastische Bewegung am Persischen Golf gibt dem Anti-Imperialismus einen neuen Ansatzpunkt. An die Stelle eines Anti-Imperialismus, der seine Kraft aus der ideologischen Verbundenheit mit den Kämpfen in den drei Kontinenten zog und der sich praktisch auf deren punktuelle Unterstützung begrenzen mußte, kann heute ein Anti-Imperialismus treten, dessen Basis die Angleichung des Lebens der Massen ist.

Mit einer Revolution am Persischen Golf gewinnt eine sozial-revolutionäre Möglichkeit Gestalt, in der sich die Feindschaft des vorindustriellen Pauperismus im Mittleren Osten gegen das Kapital, die eine Feindschaft gegen den westlichen "Fortschritt" ist, und die Feindschaft des postindustriellen Pauperismus in den Metropolen gegen das Kapital, die eine Feindschaft gegen die Arbeits- und Einkommensperspektive sein wird, zusammentreffen



Hintergründe des Saadati-Prozesses

Mitte November ist in Teheran der Prozeß gegen Seyed Saadati zu Ende gegangen. Der gegen ihn erhobene Vorwurf war der, für die UdSSR Spionage getrieben zu haben. Der Angeklagte, ein führendes Mitglied der Volksmodjahedin, wurde zu einer Haftstrafe von zehn Jahren Dauer verurteilt.

Auf den kommenden Seiten veröffentlichen wir einen Beitrag iranischer Genossen, der schlaglichtartig einige Vorgänge um den Fall Saadati beleuchtet. Der Beitrag basiert auf einer Broschüre, die im Iran von früheren Vernehmern und Richtern der Revolutionsstaatsanwaltschaft zur Verteidigung Saadatis verfaßt worden ist. Wir halten es für richtig, einige Bemerkungen voranzustellen.

Dieser Prozeß hat im Iran über mehrere Monate hinweg zu Erklärungen und Gegenerklärungen in der Presse, zu Demonstrationen und politischen Auseinandersetzungen geführt. Die Anklage gegen Saadati war zugleich eine Anklage gegen die gesamte Organisation der Volksmodjahedin. Der Vorwurf der Spionage für eine der beiden Supermächte soll, angesichts der für alle Machtfraktionen der Islamischen Republik prekären Situation, die Verbindung zwischen den Massen und dieser großen sozial-revolutionären Organisation verhindern. Das Urteil bezweckt, die Volksmodjahedin als islamisch getarnte Marxisten zu denunzieren und sie selbst wie die sozial revolutionären Inhalte des Schiismus zur Liquidation

freizugeben. Wodurch wurde dieser exemplarische Angriff möglich?

Im Februar und April 1979 nahm der Erste Sekretär der Sowjetischen Botschaft, Wladimir Finiskov, Kontakt zum Auslandsbüro der Volksmodjahedin und damit zu Saadati auf. Die erste Begegnung war über eine Empfehlung von PLO-Chef Arafat zustande gekommen. Finiskov gab sich als Journalist aus, der sich für die politische und ökonomische Situation, den Krieg in Kurdistan, in Afghanistan und den Stand der Beziehungen der Islamischen Republik zu Libyen interessierte. Tatsächlich ging es Finiskov jedoch um ein SAVAK-Dossier über die Untersuchung, die 1977 zur Hinrichtung von General Mogharabi geführt hatte.

Mogharabi war 1953 als junger Offizier Mitglied der Tudeh Partei gewesen. Nach dem Sturz Mossadeghs wurde er festgenommen. Später, "dank der Gnade des Schah" wieder in die Armee aufgenommen, erwies er sich als "der Krone besonders treu ergeben" und machte einen rasanten Aufstieg, der ihn in eine Schlüsselstellung des Generalstabs führte. In Wirklichkeit arbeitet Mogharabi über mehr als zwanzig Jahre für den sowjetischen Geheimdienst und ist vermutlich dessen Chef im Iran gewesen. 1977 wurde er enttarnt, ohne daß der KGB aufklären konnte, wie dies möglich war.

Im Gegenzug zum SAVAK-Dossier erwarteten die Volksmodjahedin die Namen von Iranern, die mit der CIA zusammenarbeiten, um diese Ayatollah Khomeiny ausliefern zu können.

Im Namen Gottes

Und im Namen des heldenhaften iranischen Volks

Seyed Mohammed Reza Saadati wurde 1935 in Schiras als Sohn von Seyed Ali geboren. Er ist ein Mojahed der Organisation Iranischer Volksmodjahedin, der unter dem Verdacht der Spionage für die Sowjetunion festgenommen wurde. Saadati war der Kampfgenosse Mehdi Rezaie. Er wurde damals von einem Militärtribunal zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1978 protestierte er im Schah-Ge-

fängnis, mit einem Hungerstreik, der 30 Tage dauerte, gegen das Schah-Regime. Er leidet noch heute an den Folgen des Hungerstreiks, sowie nach SAVAK-Folterungen an Beschwerden, die ihn zusätzlich belasten. Saadati wurde nach 7 Jahren Haft zusammen mit anderen Gefangenen durch den Einsatz des iranischen Volks aus dem Gefängnis befreit. Danach beteiligte er sich

an den revolutionären Aktionen des Volks. Es vergingen nur wenige Monate, bis er bei Erfüllung einer Aufgabe, die er von den Volksmohajedin übernommen hatte, festgenommen wurde. Diesmal unter dem Verdacht der Spionage für die Sowjetunion. Saadati ist z.Zt. der einzige politische Gefangene im Evin - Gefängnis. Wir empfinden es als notwendig, ein wenig auszuholen, um die Geschehnisse, also seine Festnahme, seine Aufgabe und die Art und Weise seiner Festnahme gründlich zu untersuchen.

Der glänzende Volksaufstand im Februar '79 verursachte den Sturz des diktatorischen und abhängigen Schah-Regimes. Damit wurde eine freie Atmosphäre für politische Arbeit geschaffen! So nahmen auch die Volksmohajedin ihre öffentliche Arbeit auf. Die politischen und gesellschaftlichen Aktivitäten der Volksmohajedin gingen unter der Bezeichnung "Nationale Bewegung der Volksmohajedin" weiter. Die Organisation der iranischen Volksmohajedin ist als eine revolutionäre Organisation mit vielen Organisationen, Gruppen, Ländern und Befreiungsbewegungen in Verbindung - aber nicht in geheimer Form. So war das Auslandsbüro eine öffentliche Einrichtung mit freiem Zugang für alle. Durch dieses Büro waren die Volksmohajedin beispielsweise mit der Organisation der Sahara und der palästinensischen Widerstandsbewegung in Verbindung, denn eine wirklich revolutionäre Organisation kann ohne solche Kontakte und Verbindungen nicht überleben. Ohne zu begreifen, wie die komplizierten Verbindungen des Weltimperialismus, im besonderen des US-Imperialismus, und seine Verschwörungen gegen unterdrückte Länder funktionieren, kann kein Widerstand geleistet werden. Es ist also notwendig, sich ein überschaubares Bild des eigenen und der anderen Länder zu verschaffen, um der Revolutionslage angemessen handeln zu können. Mit dieser Auffassung begannen die Volksmohajedin ihre Arbeit. Unter den verschiedenen Vertretern von Organisationen und Ländern kommen auch Leute aus der Sowjetunion. Beim ersten Besuch stellten sie sich als Journalisten von Zeitungen für Afrika und Asien vor. Sie interviewten Saadati.

In einer Stellungnahme der Volksmohajedin vom 58,4,9 (Juni '79) heißt es über die Aufgabe Saadatis in diesen Gesprächen: "... (wir) beauftragten ... unseren Bruder Saadati, ohne daß irgendwelche Vorschläge seitens der Sowjetunion vorlagen, mit den sowjetischen Vertretern hinsichtlich folgender Punkte Kontakt aufzunehmen:

- 1) Informationen über Aktivitäten und Schlupfwinkel der CIA-Agenten im Iran
- 2) Erklärungen über unsere nationale und islamische Revolution, sowie über unser Vaterland, d.h. über genau diejenigen Aspekte, die die Sowjetunion früher nie beachtet hatte, wobei die Sowjetunion heute ihre Aufrichtigkeit gegenüber unserer freiheitlichen, antikolonialistischen Revolution beweisen muß.

Zusätzlich wurde Saadati beauftragt, die Aufrichtigkeit der Gesprächspartner zu überprüfen, damit keine falschen Elemente die Situation ausnutzen."

Vor dem dritten oder vierten Besuch stürmten Provokateure mit Hilfe des Komitees, das in der US-Botschaft stationiert war, das Büro und nahmen Saadati fest.

VERHAFTUNG UND FOLTERUNG DES MOJAHEDS MOHAMMED REZA SAADATI

Mohammed Reza Saadati wurde am 58,2,6 (April '79) vor einem Gespräch mit zwei sowjetischen Journalisten in seinem Büro von bewaffneter Miliz, die sich gesetzwidrig in der US-Botschaft verschanzt hatte, festgenommen und in ein sicheres Haus hinter der US-Botschaft gebracht. Diese Miliz stand unter dem Oberkommando Hadj Mashallah Kashani, dem Metzger. Dokumente beweisen die Verbindung des Komitees der amerikanischen Botschaft und Hadj Mashallah zu US-Spionen. Saadati wurde von einem Spezialisten vernommen. Er wurde während der Vernehmung gefoltert. Ein Gerichtsmediziner bezeugte die Folterspuren. In einem Schreiben des Vernehmers Saadatis ist zu lesen: "Die Namensliste der CIA-Offiziere und die Identifizierung der US-Spionagezentren verschlechtern die Beziehungen zwischen den USA und dem Iran." Die Dokumente zeigten, wer seine Hände im Spiel hatte. Ein Obervernehmer riet dem Vernehmer, er sollte Saadati danach fragen, was er - Saadati - von der amerikanischen Regierung hielt? In den Akten, die wir später in die Hände bekamen, ist die Rolle des Vernehmers als SAVAK-Zulieferer eindeutig erkennbar. Solche Informationen werden von uns bei der Regierung und dem Revolutionsrat eingereicht.

Saadati wurde nach 48 Stunden von dem sicheren Haus zu einem unbekanntem Ort gebracht, wahrscheinlich zum ehemaligen SAVAK-Gebäude, wo Einzelzellen vorhanden sind. Später brachte man ihn zum Evin-Gefängnis, wo er bis jetzt gehalten wird. Eine Art der Folterung im Evin-Gefängnis ist, gegenüber dem Gefangenen still zu bleiben. Das ist ein Nervendruck, um den Gefangenen in einen Zustand zu bringen, in dem er die Beziehung zur Außenwelt verliert. Die Inspektoren tragen Turnschuhe,

damit sie beim Laufen keine Geräusche von sich geben. Warum eigentlich? Damit die Volksmojahedin versprechen, daß sie nicht mehr die CIA bekämpfen; oder damit Saadati aussagt, daß er Spionage für die Sowjetunion betrieben habe? In Wirklichkeit sind das dieselben Leute, die durch die Unterdrückung der anderen einen politischen Nutzen ziehen wollen. Der Angeklagte hat nach seiner Verhaftung länger als einen Monat keinen Kontakt zu seiner Familie aufnehmen dürfen, und seine Familie wußte nicht einmal, was ihm überhaupt passiert war. Außerdem war keine Staatspersönlichkeit über die Sache informiert worden. Nachdem die Familie von Saadati der Sache nachgegangen war und die Verantwortlichen sich über die Lage der Familie verhältnismäßig informiert zeigten, waren einige offizielle Staatspersönlichkeiten zum Evin-Gefängnis gegangen, um den Gefangenen zu besuchen. Aber die Zellenwärter haben dies verhindert, und danach ist der Angeklagte mitten in der Nacht in ein anderes Gefängnis verlegt worden. Gleichzeitig hat der Angeklagte als Protest gegen seine illegale Verhaftung, gegen die Verschleppung der Untersuchung und auch gegen die schlechten Bedingungen in der Zelle einen Hungerstreik von 45 Tagen Dauer begonnen. Der Angeklagte war in den schlimmsten Evin-Zellen eingesperrt und hatte minimale humane Möglichkeiten. Bei ihren Besuchen des Angeklagten war die Familie Saadatis von bewaffneten Männern eingekreist. Auf dem Gefängnishof öffnete sich ein eisernes Tor, im Abstand von 70 - 80 m standen die Besucher, und dann kam Saadati mit einem Tuch um den Kopf heraus. Dieser Besuch Saadatis durch seine Mutter und seine Frau wurde von einem Minibus und einigen Motorradfahrern, die immer wieder Vollgas gaben, unterbrochen. Dies war eine Besuchsatmosphäre, wie sie nicht einmal für Verbrecher, Konterrevolutionäre und SAVAK-Agenten geschaffen wurde.

Mit Beginn des Hungerstreiks verhinderten die Zellenwärter zum zweiten Mal den Besuch Saadatis durch seine Familie.

Kashani und Nass, einer der wichtigsten CIA-Agenten in der Teheraner Botschaft, umarmen sich auf dem Flughafen.

Darf man Kashani Glauben Schenken, so ist dieses Bild im Augenblick der Festnahme des Amerikaners aufgenommen worden.



Aufgrund des Hungerstreiks und auch der Vernachlässigung der Akte des Angeklagten haben die Familien der Märtyrer und der damaligen politischen Gefangenen der Volksmojahedin mit einem Sitzstreik im Staatsanwaltschaftsgebäude protestiert. Mit einer Erklärung von Vater Taleghani wurde dem Sitzstreik ein Ende gesetzt. 80 Tage nach der Verhaftung von Saadati bzw. 40 Tage nach dem Beginn seines Hungerstreiks wurde ein außerordentliches Gericht einberufen. Unter folgenden Umständen fand die Verhandlung statt: a) Nach medizinischen Angaben des Arztes des Evin-Gefängnisses konnte sich der Angeklagte wegen des langandauernden Hungerstreiks nicht an der Verhandlung beteiligen. b) Die Akte des Angeklagten wurde dem Anwalt und auch dem Angeklagten selbst, der sich auf die Verteidigung gegen die Anklageschrift vorbereiten mußte, nicht zur Verfügung gestellt. Außerdem sollten Vertreter der Volksmojahedin die politische Verteidigung übernehmen, wobei diese Forderung vom Gericht negativ beantwortet wurde. Zu all dem haben die Pasdaran die Beteiligung der Massen an der Verhandlung verhindert.

DAS KOMITEE DER AMERIKANISCHEN BOTSCHAFT

Nachdem am 12. Februar '79 (22 Bahman 1357) das reaktionäre und imperialistisch abhängige Schah-Regime durch den glänzenden Aufstand des Volks und den intensiven Einsatz der revolutionären Kräfte niederging, wurden die Zentren des Komplotts und der Unterdrückung beschämenden Pahlawi-Dynastie eins nach dem anderen durch das Volk revolutionär bestürmt. In seinem weiteren Einsatz und mit der Parole: "Nach dem Schah kommt Amerika an die Reihe!" zeigte das iranische Volk, das es den gemeinsamen Feind aller unterdrückten Völker kennt. Aus diesem Grund war die amerikanische Botschaft in Teheran eines der wichtigsten Komplott- und Spionagezentren, das von der Bevölkerung und durch die fortschrittlichen Kräfte hätte gestürmt werden können. Die in der Botschaft stationierten Amerikaner, beängstigt, daß durch den Sturm und die Besetzung der Botschaft Dokumente des jahrzehntelangen Verbrechens, Verrats und der Einmischung in die iranische Innenpolitik an die Öffentlichkeit geraten würden, versuchten einen neuen Trick, nämlich die Gründung des Komitees der amerikanischen Botschaft. Hadj Mashallah Kashani, der Metzger, übernahm drei Tage nach dem revolutionären Sieg, also am 15.2.79 (25 Bahman 57) die Führung dieses Komitees. Mit anderen Mitgliedern des Komitees der amerikanischen Botschaft übte er seine konterrevolutionäre Pflicht aus. Das Komitee gehörte, wie die Staatsorgane selbst zugeben, nicht zu den vierzehn Komitees, die

sich nach der Revolution gebildet hatten; deswegen war die Entstehung gesetzwidrig und mit Hilfe der CIA durchgeführt.

Die Biografie der Gründer des Komitee der amerikanischen Botschaft und die Art und Weise, wie sie sich in den letzten Monaten verhalten haben, zeigen der Welt eine direkte Einmischung der CIA und Amerikas in unser Schicksal. Nur unter diesem bewaffneten Schirm war es möglich, daß die CIA-Spione die Mehrzahl der Dokumente ihres Verbrechens und ihres Verrats in das Ausland schaffen konnten, weit weg von den Händen des betrogenen iranischen Volks. Und ebenso war es die Hilfe des Komitees, die diese Botschaft weiterhin als Zentrale der Spionage und des Komplotts gegen die iranischen und andere Völker des Mittleren Ostens wirken konnte.

Es ist also klar, daß eine der wichtigsten Pflichten dieser konterrevolutionären Bande die Jagd auf echte Revolutionäre war, solche, die die Hauptfeinde der imperialistischen Interessen im Iran und in Mittel- wie Nahost sind. So gesehen, weshalb sollten die Revolutionäre nicht solche Marken wie "russische Spione", "Mischer der Ideologien", "hinterhältige Objekte und Anarchisten" von deren Seite bekommen? Soll die Masse damit nicht mitbekommen, welche Leute ihre wirklichen Interessen vertreten?

Die Festnahme von Saadati ist ein Beispiel dafür, daß eine systematisch organisierte Zentrale hinter den Aktivitäten des Komitees in der amerikanischen Botschaft stand und dadurch im Interesse des US-Imperialismus und der inneren reaktionären Kräfte des Iran arbeitete.

Die katastrophalen Taten des Komitees sind soweit gegangen, daß - nachdem es als gesetzwidrig bezeichnet wurde - seine Auflösung im Geheimen passierte. Seine Mitglieder sind jedoch in anderer Weise wieder eingesetzt worden.

DER NEUE EINFLUSS DES US-IMPERIALISMUS UND DIE UNTERDRÜCKUNG DER REVOLUTIONÄREN KRÄFTE

Es ist die Frage, ob der gegenwärtige Krieg zur neuen Einflußnahme der USA in die Belange des iranischen Volkes führen wird? Im Austausch gegen die amerikanischen Geiseln sind Waffenlieferungen für die iranische Armee zu erwarten. Zugleich beginnt die Unterdrückung derjenigen Kräfte die die Machenschaften und Komplote des Imperialismus am unnachgiebigsten offengelegt haben, einem neuen Höhepunkt zuzustreben. Zeitungen wurden verboten, die

Mitglieder fortschrittlicher Gruppen wurden für den Kampf an der Grenze nicht bewaffnet, sondern ganz im Gegenteil kommt es an der Front sogar zu Verhaftungen unter dem absurden Vorwurf, es handele sich um irakische Spione. Seyed Saadati schließlich, ZK-Mitglied der Volksmujahedin, wird als "sowjetischer Spion" zu einer 10jährigen Haftstrafe verurteilt. Man verfährt mit den fortschrittlichen Kräften nicht anders als mit Feinden.

Der Imperialismus verhält sich in keinem Krieg, besonders nicht in einem Krieg, der in einem so zentralen Gebiet stattfindet, neutral. Die Wendung in der Politik zeigt sich auch in der Stellungnahme der Amerikaner zum Krieg. Die Amerikaner bemühen sich aus dem Verhalten beider Kriegsparteien Nutzen zu ziehen, dabei gilt ihr Interesse stark dem Iran. So erklärt Carter, die Irakis seien die Verantwortlichen am Krieg, und Muskie betont die territoriale Unverletzlichkeit des Iran. Zugleich kündigt er die Lieferung militärischer Ersatzteile an, sofern die Geiseln freigelassen würden. Zuletzt sei auch noch die Rede des amerikanischen UN-Vertreters erwähnt, die sich ausführlich mit diesem Zusammenhang befaßt.

Die neue Abhängigkeit des Iran wird sich vermutlich ~~zu~~ als Abhängigkeit von den Waffen erweisen, und in der Folge wird der Wiederaufbau von Wirtschaft und Industrie diese befestigen. Die Freilassung der amerikanischen Geiseln ist für die USA der Anfang. Die neue Abhängigkeit ist von einer politischen Wendung der iranischen Politiker untrennbar - wirtschaftliche Abhängigkeit ist nicht denkbar ohne die Politiker, die sie durchsetzen. Die Abneigung der Bevölkerung gegen die Amerikaner ist allerdings ungebrochen, deshalb gewinnen die Westeuropäer und Japaner eine nicht zu unterschätzende Rolle als Verbindungsmänner des Imperialismus zum Iran. Die neue Situation ist eine Prüfung für die Machthaber der islamischen Republik, die zeigen wird, ob es ihnen gelingt, der neuen Abhängigkeit zu entgehen. Die Voraussetzung hierfür ist die Organisation der Massen und die Zusammenarbeit mit den revolutionären Kräften. Jede Behinderung der revolutionären Tätigkeit hat in dieser Situation die Asuwirkung, daß die Massen den Problemen passiv gegenüberstehen. Es ist der islamischen Republik deshalb zu raten der Monopolisierung der Macht ein Ende zu setzen und die Massen der Bevölkerung aktiv das Geschehen bestimmen zu lassen. Ohne die von uns geforderte Zusammenarbeit wächst die Gefahr für die Revolution und wird bald nicht mehr zu meistern sein.

Ein Prozeß der Unmenschlichkeit

Am 25. November soll vor dem Frankfurter Oberlandesgericht ein Prozeß stattfinden, der gleich zwei Skandale enthält: die Tatsache, daß er überhaupt stattfindet und die Art und Weise, wie er von den Staatsschutzbehörden vorbereitet wurde. Es ist der Prozeß gegen Herrmann Feiling, Sibille Straub und Silvia Herzinger.

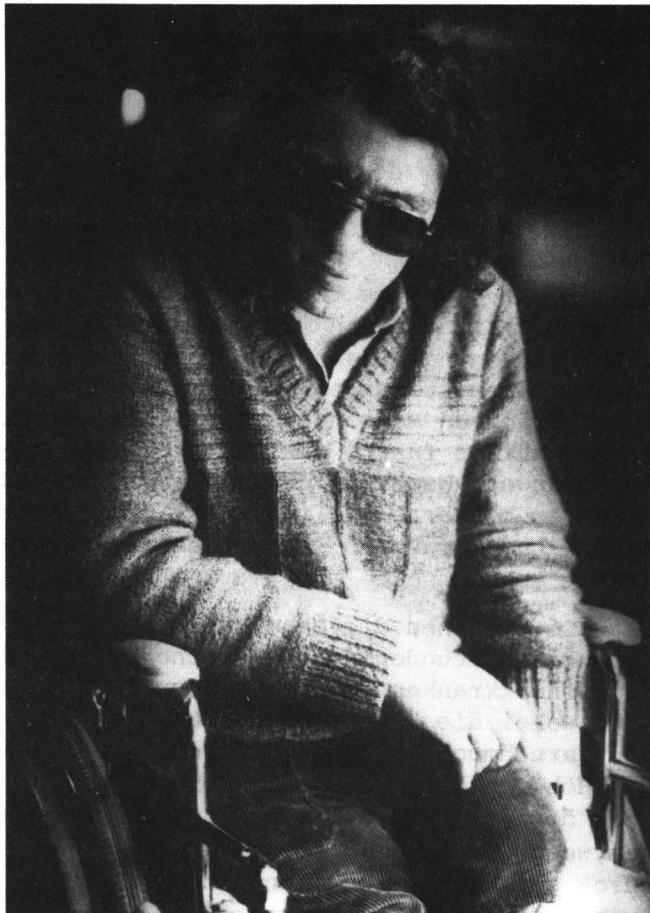
Herrmann Feiling hatte beim Überprüfen des Zündmechanismus eines selbstgebauten Sprengsatzes in seiner Wohnung am 23.6.78 versehentlich eine Explosion ausgelöst, die ihn schwer verletzte. Er verlor beide Beine, das Augenlicht und ist seitdem epileptischen Anfällen ausgesetzt.

Herrmann Feiling und seine beiden Mitangeklagten werden beschuldigt, damals, zur Zeit der Fußballweltmeisterschaft in Argentinien, als angebliche Angehörige einer revolutionären Zelle einen Anschlag auf die Außenmauer des argentinischen Konsulats in München geplant zu haben. Er bekennt sich als **E i n z e l t ä t e r** zu diesem Vorhaben, mit dem er gegen den faschistischen Terror in Argentinien und die internationale Gleichgültigkeit der Fußballfans protestieren wollte.

Wie gesagt, dieses Vorhaben ist nie ausgeführt worden und H. Feiling hat es allein geplant. Gleichwohl lautet die Anklage u.a. auf "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" - Folge unter anderem: Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechtes, Beschränkung der Verteidigerwahl, automatisch ein höheres Strafmaß. Diese Anklage und die Einbeziehung der beiden Mitangeklagten (S. Straub ist die Freundin von H. Feiling) stützt sich auf Aussagen, die Feiling während eines 4 1/2-monatigen Aufenthalts in verschiedenen Krankenhäusern und Polizeikasernen gemacht haben soll.

Aus einer Dokumentation der Prozeßinitiative

H. Feilings Unfall ereignete sich am 23.6.78 gegen 10 Uhr. Unmittelbar danach mußten ihm beide Augen entfernt werden sowie beide Beine bis zum letzten Drittel des Oberschenkels. Sein Körper war von erheblichen Brandwunden bedeckt. Ein Schock von kaum vorstellbarer Dimension zeichnete im übrigen seinen



Zustand aus. In der Nacht nach seinen schweren Operationen wurden ihm 4 Ampullen des starken Schmerzmittels Dipidolor gespritzt.

"Dipidolor ist ein morphinhaltiges Schmerzmittel... Bei einigen Patienten stellt sich eine Euphorie ein, d.h. ein unrealistisches Gefühl des Wohlbefindens, außerdem Gefühle der Geborgenheit. Es erleichtert gedankliche Assoziationen, eine positive Grundeinstellung ;Gedankenflucht..."

(aus einem pharmazeutischen Lexikon).

Noch drei Tage nach der vorzeitigen Explosion und den Operationen erklärt das LKA Stuttgart, Feiling befinde sich in Lebensgefahr - machte in ihm aber bereits am Morgen nach der Operation eine voll vernehmungsfähige Person aus. Dies mit Hilfe eines Arztes namens Dressler, der die Dauer der Vernehmungen nicht einmal zeitlich limitierte, selber aber in der Regel nur um die 5 Minuten bei seinem Patienten aushielt, wofür dann die anwesenden Beamten in medi-

zinischer Hilfsfunktion beim Umbetten und ähnlichen Versorgungsmaßnahmen selbsttätig zur Hand gingen.

Herrmann Feiling konnte sich in seiner Lage ohne fremde Hilfe nicht fortbewegen, er konnte nicht sehen, es war ihm versagt, mit anderen als den anwesenden Personen zu sprechen: mit Polizisten, die pflegerische Kittel trugen, die er in solcher Verkleidung nicht zu identifizieren vermochte. Er hatte keinerlei Möglichkeit, seinen eigenen Willen gegen den der ihn umgebenden Personen durchzusetzen. Da er für alles, was sich außerhalb der Reichweite seiner Hände befand, fremde Hilfe benötigte, mußte diese totale Abhängigkeit von der Hilfestellung anderer ständig ein Gefühl der Dankbarkeit erzeugen.

Am 24.6. begann das teuflische Verwirrspiel gegen H. Feiling. Einen Tag nach der Explosion, Stunden nach den Operationen: an einem unter Drogen stehenden, vollkommen vernehmungsunfähigen Menschen. Der Polizeiobermeister Schäffer führte das Protokoll; ein Staatsanwalt Wechsung gehörte ebenfalls zur Szene; er belehrte Feiling nicht über seine Rechte und wurde von ihm mit seinem Rechtsanwalt verwechselt.

Am 28.6. eröffnen die Beamten Berberich und Raisch ein stundenlanges Marathonverhör mit dem schwerkranken Feiling, bis zu 10 Stunden lang, wobei die Betreuung des Kranken und die Vernehmung ineinandergreifen. Es hat seinen Höhepunkt in der Aufforderung, Feiling möge doch die Namen ihm bekannter Leute nennen, weswegen man ihn auf "die Belastung durch seinen Körperschaden" hinweist, der auch andere ereilen könnte. "F. macht eine längere Pause und atmet sehr stark" - er bekommt Valium gespritzt, bevor er das folgende, auf apodiktische Aufforderung geflüsterte "ja" von sich gibt, das die Beamten hören wollen.

Der protokollierende Polizist Schäffer schreibt: "Ich kann das geführte Gespräch nur sinngemäß wiedergeben, da ich einige Male das Zimmer verlassen habe und da manchmal Feiling, weil er sehr leise sprach, sehr schlecht zu verstehen war." Derart, damit er später sagen kann, er habe nicht alles mitbekommen, und "sinngemäß" ohne zu genaue, die "Aussagen" beeinträchtigende Rekonstruktion der Vernehmung, die später "Anhörung" genannt wird, entstehen 1300 Seiten voller "Aussagen". Schon aufgrund der ersten angeblichen Aussage wird seine Verlobte verhaftet.

Insgesamt war Herrmann Feiling 4 1/2 Monate in dieser Lage der absoluten Hilflosigkeit, der Schmerzen, der absoluten Wahrneh-

mungsunfähigkeit, ferngehalten von allen Freunden und Anwälten seiner Wahl, während diese "Anhörungen" liefen. Noch während seines späteren Zwangsaufenthaltes in der Polizeischule Münster erklärt man seinen merkwürdigen Status damit, daß er "Gast" der Polizei sei, in deren Haus er ein "Appartement" bewohne, welches sich im übrigen als die Waffenkammer dortiger Polizisten erwies.

Er konnte in diesem abgeschotteten Zustand seine Isolation dadurch durchbrechen, daß es ihm trotz seines hilflosen Zustands gelang, Tonbandkassetten nach außen zu schmuggeln, auf denen er seine erpresserischen Umstände beschreibt und nach seinem Anwalt Bayer verlangt. Es gelangt sogar ein unterzeichnetes Mandatsformular nach draußen. Ein Zitat von einer dieser Kassetten:

"Was mich am meisten mitnimmt im Moment... ist, daß da scheinbar Aussagen existieren, die von mir stammen. Diese Aussagen stammen aus einer Zeit kurz nach der Operation, ich kann mich weder an sie erinnern, noch kann ich sagen, daß sie so, wie sie mir dann später berichtet wurden, daß sie so der Wahrheit voll entsprechen. Ich hätte diese Aussagen jedenfalls nie gemacht, wenn ich einen klaren Kopf gehabt hätte." und:

"Ich war also mehr in einem Zustand, wo ich eigentlich gar nicht wußte, wer um mich war und das einzige, was ich wollte, darin bestand, nicht verlassen zu werden. Dafür habe ich dann - also wie gesagt - da dann nicht allein zu sein und zusätzlich eben nicht zu wissen, was eigentlich los ist und wo man sich befindet und warum es dunkel ist - das kriegt man erst mal gar nicht so genau mit - eine Situationskontrolle erstmal zu entwickeln, da braucht man erstmal Zeit!"

Nachdem Anwalt Bayer die von Feiling mühsam unterzeichnete und geschmuggelte Mandatsbeauftragung erhalten hat, begibt er sich am 19.10.78 zur Polizeischule nach Münster. Dort wird ihm von dem Beamten Berberich eine Erklärung seines Mandanten vorgelegt, wonach dieser augenblicklich keinen Besuch durch seinen Anwalt wünsche. Wie war dieser "Sinnenwandel" zustande gekommen? Feiling hatte einem Freund die Sachlage telefonisch geschildert:

"So sei ihm mitgeteilt worden, Bayer sei ein 'Sicherheitsrisiko'. Wenn dieser zu ihm vorge lassen würde, dann könne die Sicherheit nicht mehr garantiert werden, er müsse dann die Höhere Polizeischule verlassen... Dies sei ihm, Feiling, auch durch-aus recht, da er die Abschirmung durch die Polizei nicht wünsche, andererseits sei es jedoch so, daß sein Aufenthalt gleichzeitig mit der

Behandlung in der Klinik gekoppelt sei. Es würden ihm dort die Prothesen angepaßt und ererhalte Unterricht in Blindenschrift. In der Klinik selbst seien sämtliche Plätze belegt, d.h. er habe seinen Aufenthalt in der Polizeischule, die ihm auch Pfleger u.ä. stelle..." Feiling sagte, bei dieser Sachlage werde er wohl das Schreiben, das ihm Berberich vorgelegt habe, unterzeichnen müssen.

In dieser Situation, in der die Polizei Herrmann Feiling mit ihren Hilfsmaßnahmen erpreßte, in der er zwischen Pflege und Verhör nicht unterscheiden konnte, in der er ein körperlich zugrunde gerichteter, abhängiger Mann war, in der er von seinen Kontakten abgeschnitten war und eher als Geisel denn als "Gast" der Polizei bezeichnet werden mußte - in dieser Situation entstanden die "Aussagen", die zur Verhaftung mehrerer Personen führten und die Grundlage des nun anberaumten Prozesses werden sollen. "Das wirkliche Verbrechen beginnt immer erst mit der Gerichtsverhandlung" (K. Kraus).

Herrmann Feiling, der derart verbrecherisch verhört worden ist, hat eine Erklärung zum anstehenden Prozeß abgegeben, die wir hier dokumentieren.

Wir fordern:

1. Der Prozeß gegen Herrmann Feiling muß eingestellt werden.
2. Das Gericht muß die "Aussagen" von Herrmann Feiling verwerfen und als unrechtmäßig zustande gekommen erklären.
3. Das Verfahren gegen die Mitangeklagten Sybille Straub und Silvia Herzinger ist deshalb einzustellen, Haftentschädigung den beiden Frauen zu gewähren.
4. Ein Ermittlungsverfahren gegen alle in Frage kommenden Personen, die sich im Zusammenhang mit Feilings 'Vernehmung' und 'Schutzhaft' strafbar gemacht haben, ist zu eröffnen. Es handelt sich dabei um einen Staatsanwalt, um Ärzte, Staatsschutzbeamten aus Heidelberg, des LKA Stuttgart, des BKA und die Leiter der Polizeischulen in Münster sowie Papenburg/Oldenburg.

Wer Herrmann Feiling schreiben will, hier seine Adresse:
Rahmengasse 6, 69 Heidelberg.

Die Adresse der Prozeßinitiative:
Postfach 35, 6870 Oberursel 15
Tel. 06171/73 212.

HERMANN FEILINGS ERKLÄRUNG ZUM

ANSTEHENDEN PROZESS



Während die Fußballweltmeisterschaft 1978 in Argentinien in der Nähe von Polterzentren zu Ende kam und die Bundesregierung zynisch die Aufnahme von 500 argentinischen politischen Gefangenen versprach, explodierte mir ein Sprengsatz zu Hause. Er war für das argentinische Konsulat in München bestimmt. Ich verlor durch den Unfall beide Augen und Beine.

Bis heute hat die Bundesrepublik 20 freigelassene argentinische Gefangene aufgenommen und mich klagt man - wie ich gehört habe - vor Gericht an. Mir und 2 mitangeklagten Frauen wird vorgeworfen, Mitglied der Revolutionären Zellen zu sein.

In dem geplanten Prozeß soll die Sinnlosigkeit linksradikalen militanten Widerstandes vorgeführt werden. Wenn ich auch durch den Unfall nochmals erfahren mußte, welches Risiko mit diesem Kampf verbunden ist, so weiß ich auch, daß meine Ankläger, die diesen Widerstand am liebsten nach Kabul schicken würden, eine ganz andere Gewalt verteidigen:

20 000 Tote forderte der Militärputsch in kurzer Zeit in Argentinien. Heute sind argentinische Gruppen und Berater in Bolivien dem utschenden Militär behilflich.

Die deutsche Kernkraftwerksunion betreibt Atomgeschäfte mit Argentinien, und die Bundesregierung segnet den Verkauf von Panzerwagen durch Hentschel (Kassel) an die argentinische Armee ab. Der Terror der Gorillas ist im Sinne internationaler Konzerninteressen. Aber auf der Tabelle, die Börsenkurse anzeigt, wird Blut nie sichtbar.

Die blutige Verfolgung des Widerstandes in Ländern Lateinamerikas ist Bedingung einer Wirtschaftspolitik, die für die Masse der Bevölkerung ökonomischer Völkermord heißt und den Konzernen die Türen öffnet. Diese Politik wird vom Weltwährungsfonds durchgesetzt, indem er Kredite an solche politischen Bedingungen bindet, die in Peru z.B. dazu führen, daß 109 von 1000 Kindern sterben, bevor sie gehen können.

Argentinien ist ein Beispiel für imperialistische Barbarei betrieben durch die reichen Länder des Westens. Die Bundesrepublik ist in diesem System eine Metropole und hier zu leben heißt für jeden, sowohl Opfer als auch Mitschuldiger zu sein in einem System, das jährlich Millionen Hungertote fordert. Denn wir leben hier nicht nur in diesen Strukturen, wir leben auch von ihnen. Antiimperialistische Politik heißt Ausbrechen aus diesem Status von halb Opfer, halb Mitschuldiger, heißt nicht mehr ein Teil des Problems zu sein, sondern Teil von dessen Lösung. Es geht nicht um Bewunderung ferner Befreiungsbewegungen, sondern um die Erkenntnis, daß der Angriff auf Institutionen ausländischer Terrorregimes Teil unseres eigenen Befreiungskampfes ist.

Zur Zeit wachsender Kriegsdrohungen wird die Notwendigkeit einer antiimperialistischen Bewegung immer deutlicher, um eine existenzielle Bedrohung abzuwehren. Die Bundesregierung nimmt als Nato-mitglied in Kauf, daß ganz Westeuropa bei einem Atomkrieg in Schutt und Asche gelegt wird und läßt zu, daß das Land zum Waffenarsenal der Nato geworden ist. Wir sitzen hier quasi auf den Atombomben.

Es gab und gibt ja auch in der Bundesrepublik soziale Bewegungen, z.B. Anti-AKW-Initiativen, Frauenbewegung und Fahrpreiskampagnen, die nicht gering geschätzt werden können. Der Aufbau eines staatlichen Unterdrückungsapparates - angefangen bei der materiellen und personellen Aufrüstung der Polizei bis hin zur Errichtung von Hochsicherheitstrakten - will verhindern, daß aus Revolten langfristige sozialrevolutionäre Bewegungen werden. RZs haben sich an den Auseinandersetzungen beteiligt, indem sie über Demonstrationen und Bauplatzbesetzungen gegen AKWs usw. hinaus, Möglichkeiten des Kämpfens zeigten.

Ich finde diese Ideen richtig, hatte jedoch am 23.06.78 den genannten Unfall. Damit geriet ich beim Widerstand gegen die Verhältnisse in Argentinien selbst quasi in argentinische Zustände. Polizei und Bundesanwaltschaft sahen in meinem Zustand die Chance, außerhalb von jeglicher Kontrolle ihr Problem RZ angehen zu können. Die Vernehmung lebensgefährlich Verletzter ist eigentlich gesetzlich verboten. Aber was tut's? Die beteiligten staatlichen Organe haben in ihrer Bekämpfung von Revolutionären schon längst die Gesetze, die ihre Macht beschränken, praktisch auf die Müllhalde geworfen. Die Morde in Stammheim, die Situation von Günter Sonnenberg, der 2.Juni-Prozeß in Berlin zeigen die Brutalisierung der Operationen gegen eine Fundamentalopposition, wenn sie nicht "lieb" ist und sagt, daß sie es nicht wieder tun will.

Was die Bundesanwaltschaft bewegte und bewegt, ist einem Zitat von Bundesanwalt Harms zu entnehmen: "Wir haben 70 Anschläge aufzuklären und keiner will's gewesen sein." Den derart jahrelang frustrierten Fahndern kam mein lebensgefährlicher Zustand, die Traumatisierung nach der Erblindung, meine völlige Hilf- und Orientierungslosigkeit, gerade richtig. 1 300 Seiten Vernehmungsprotokolle, die von mir stammen sollen, sind Ergebnis dieser Situation. Da werden dann auch Personen aus meiner damaligen phantastischen Traumwelt in RZ-Zusammenhänge gebracht, bzw. es werden Personen belastet, die ich nie kannte.

Um den "Vernehmungen" ihre Fragwürdigkeit zu nehmen, feierten dann die Staatsschützer in bezug auf mich in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse große Siege über RZs, die sie real nie erzielt haben. Im "Spiegel" avancierte ich gar zum Mittelpunkt von Ereignissen, die vom "Knallfrosch bis zum Hijacking" (Spiegel 34/78) reicher

Diese angeblichen Vernehmungsprotokolle sind für mich das Ergebnis einer Behandlung, die den Namen Folter verdient. Ich halte es für aberwitzig, Angaben daraus zu verwenden.

SEPT.'80

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE Nr.2



DIE NEUEN GEFÄNGNISSE

Inhalt:

Zur aktuellen Krise der Gefangenenbewegung
Zum letzten Hungerstreik
Die drei Schritte der Gefangenenbewegung
Gehirnwäsche gegen den Umsturz
Gespräch mit Helmut Ensslin
Einzelhaft und Arbeitszwang gegen "Kriminelle"
und der Widerstand der Gefangenen
Der Kampf gegen die rheinische Psychiatrie
Erfahrungen mit der Ablauforganisation
in Köln-Ossendorf
Ein Stück Alltag:
Der Mann im Knast und die Frau ist draußen
Die Zerstörung der Persönlichkeit
Gefangenenbewegung und Gefängnisrevolten
in Frankreich und Spanien
Der Aufstand von Champ-Dollon
Gefangenenaufstand in Hull 1976
Der Kampf der politischen Gefangenen in Irland
Gefangen in Israel
Zwei Linien in der islamisch-schiitischen Bewegung

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE



Medizin und Nationalsozialismus

Referate und Dokumente
vom Berliner Gesundheitsstag

Sonderheft Nr.2 Juli 1980

AUTONOMIE

Materialien gegen die Fabrikgesellschaft
NEUE FOLGE Nr.3



DIE ZWEITE ZERSTÖRUNG DEUTSCHLANDS

Inhalt:

"Städtebau und Kriminalität"
– Symposium des BKA
Von der Integration zur Aussonderung:
Dreißig Jahre Städtebaupolitik
am Beispiel der Neuen Heimat
Entwicklung einer Strategie der Gewalt
– Einkaufszentrum und Fußgängerzonen
Großer Abwasch in Köln, 5 Minuten vor 12
Hausbesetzungen in Bremen
"So tun als ob"
– die neue Strategie für Kreuzberg SO 36
Architekturutopien, Arbeiterwohnen und
die bürgerliche Hauptstadt des 19. Jahrhunderts
Krankenanstalten als Ort der
sozialen Aufbewahrung im 19. Jahrhundert
am Beispiel Hamburgs
Die Zerstörung des Gängerviertels
– ein Versuch, Hamburger Hafendarbeiter über
ihre Wohnungen zu kontrollieren
Planung in der Provinz
– Zur Zerstörung ländlicher Strukturen durch
Agrarpolitik und Landschaftsplanung
Zerstörung und Enteignung unseres Alltags
Die immer wieder unterbrochene Stimme des
Lumpenproletariats

Inhalt:

Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz
1: Neue soziale Kontrolltechniken durch
Arbeits- und Leistungsmedizin
Gesundheitspolitik unter dem Hakenkreuz
2: Familien- und Bevölkerungspolitik unter
der Gewalt der NS-Gesundheitsführung
Soziale und biographische Bedingungen
medizinischen Verbrechens
Zur sozialdarwinistischen Vorgeschichte des
NS-Gesundheitswesens

